

Bezugspreis:
Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich
R.-Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntags-
beilage 'Gott und Welt' mit 'Sitt-
lich und Kleingarten' sowie der
Beilage 'Unterhaltung und Wissen'
und Frauenbeilage 'Frauenstimme'
erscheint wöchentlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einseitige Annoncen-
zeile 10 Pfennig, Reklamazeile
5.- Reichsmark. 'Kleine Anzeigen'
das fünfstellige Wort 25 Pfennig
(außer zwei sechsstellige Worte),
jedes weitere Wort 12 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Voraus bestellt, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, eingegeben werden. Geöffnet
von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Herausgeber: Dönhoff 292-297.

Donnerstag, den 22. April 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertikaldruck: Berlin SW 68 - Bauhaus: Post der Arbeiter, Kunstler und
Bauern, Markt. 60; Diskont-Gesellschaft, Dönhofsche Lindenstr. 3.

Die Feme und ihre Opfer.

Der Arbeitsplan des Untersuchungsausschusses des Reichstags.

Im Gemeindeforschungsausschuss des Reichstags
legte gestern der Vorsitzende Abg. Dr. Schetter (3.) ein Arbeits-
programm vor. Danach sollen im Sinne der vom Plenum über-
wiesenen Aufgabe als Femeurde angesehen werden: An-
schläge auf Menschenleben auf Grund des Spruchs einer Organi-
sation oder der Betradung einzelner ihrer Mitglieder wegen eines
von ihnen als vortäterlich angesehenen Verhaltens sowohl gegen
Mitglieder und ehemalige Mitglieder als auch gegen Außenstehende.

Als Femeorganisationen

sollen angesehen werden: Organisationen, die Gruppen bilden oder
bilden, denen die Durchführung von Femeurden obliegt.

Im übrigen sollen strafbare Handlungen nur berücksichtigt
werden, soweit sie zur Beleuchtung der Anschläge oder zur Charakteri-
sierung der Organisationen von Bedeutung sind.

Unter diesen Gesichtspunkten sollen nach dem bisher geprüften
Material als Femeorganisationen in Betracht kommen:

- 1. Die SA. (Schwarze Reichswehr).
2. Die Organisation Koffbach.
3. Die Arbeitsgemeinschaft Mayer (Breslau).
4. Die Einwohnerwehr Bayern (Landesleitung).
5. Der Blücher-Bund (München).
6. Die DG. (Organisation Consul).
7. Der Werwolf.

Als Femeurden

kommen in Betracht zu 1. die acht Fälle: Begner, Bannier, Gröschke,
Wilms, Sand, Brauer, Holz, Beyer; zu 2. die Fälle Radow und
Wittcher; zu 3. der Fall Hermann; zu 4. die Fälle Dobner, Sand-
meyer, Hartung; zu 5. der Fall Bauer; zu 6. die Fälle Erzberger,

Rathenau und Scheidemann; zu 7. liegt kein besonderer Fall vor.
Langweil hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit sind die Fälle Bareis und
Dammers (Grütze-Lehder).

Mit Rücksicht darauf, daß zu den wichtigsten Feme-
urden (der Schwarzen Reichswehr) das Aktenmaterial
noch sehr unvollständig ist, soll deren Behandlung bis zum
Eingang und der Durcharbeitung der Akten zurückgestellt werden.
Daselbe gilt für die Fälle, die die Organisation Koffbach
betreffen.

Die Arbeitsweise des Ausschusses.

Bezüglich der Arbeitsweise des Ausschusses soll folgendermaßen
verfahren werden: Die Berichterstatter geben zu den Einzelfällen
einen zusammenfassenden Bericht mit einem Vorschlag,
über welche Fragen Beweis erhoben werden soll und welche
Personen als Zeugen oder Sachverständige gehört werden
sollen. Dementsprechend beschließt der Ausschuss dann Art und Um-
fang der Beweiserhebung und führt diese durch.

Um mit der Untersuchung sofort beginnen zu können, soll zunächst
folgende Reihenfolge für die Einzeluntersuchungen ein-
gehalten werden: 1. Der Fall Bauer, 2. Die Fälle der Einwohner-
wehr München, 3. Die Fälle der Organisation Consul und 4. Der
Fall Hermann. Sobald die Akten zu den Fällen der Schwarzen
Reichswehr vorliegen, werden diese Fälle vorweg behandelt.

Nach längerer Geschäftsordnungssprache, in der die Volks-
partei Einbeziehung der Tscheta in die Untersuchung be-
antragt, stimmt der Ausschuss dem Arbeitsplan zu. Die Einbeziehung
der Tscheta wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und
Kommunisten beschlossen.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 28. April (Fall Bauer).

Kein Volksentscheid über Aufwertung!

Ein Reichsgesetz soll ihn verhindern!

Die Reichsregierung hat am Mittwoch beschlossen, den gefeh-
lenden Körperschaften einen Gesehentwurf vorzulegen,
durch den festgestellt wird, daß ein Volksentscheid über Gesehent-
würfe, die die Folgen der Geldentwertung regeln sollen,
nur durch den Reichspräsidenten veranlaßt werden kann.

Umlich wird dazu gemeldet:

Nach Reichsrecht ist der Weg der Volksgefeggebung insofern be-
schränkt, als über den Haushaltsplan, über Abgaben-
gefeghe und Besoldungsordnungen nur der Reichs-
präsident einen Volksentscheid veranlassen kann. Damit sind
auch Gesehentwürfe der bezeichneten Art dem Volksbegehren
entzogen. Dies ist gefeghe, weil derartige Gesehentwürfe nicht aus dem
Zusammenhang mit dem gesamten Steuer- und Wirtschaftsplan her-
ausgenommen werden können. Die vor und während der Geldent-
wertung begründeten Rechtsverhältnisse sind im Aufwertungs-
gefeghe und im Geseh über die Ablösung öffentlicher An-
leihen im Zusammenhang geordnet. Der Gesamtkomplex dieser
Gesehentwürfe bedingt maßgebend den Haushalt des Reiches, den Finanz-
ausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, und überhaupt
das gesamte öffentliche Finanzwesen. Er ist insbesondere auch die
Grundlage unserer Währung. Solche Gesehentwürfe müssen,
wenn nicht die ganze deutsche Wirtschaft auf das verhängnisvollste
erschüttert werden soll, dem Haushaltsplan und den Abgaben-
gefeghen gleichgeachtet werden. Bei sinnemäher Auslegung des
Artikels 73 Absatz 4 der Reichsverfassung müssen daher Gesehentwürfe,
die die Folgen der Geldentwertung regeln, hinsichtlich der Volksinitia-
tive den gleichen Bestimmungen unterworfen sein, wie Gesehent-
würfe, die den Haushaltsplan und die Abgabenregelung un-
mittelbar zum Gegenstande haben. Zur Vermeidung von
Zweifeln hat die Reichsregierung beschlossen, den gefeggebenden
Körperschaften einen Gesehentwurf vorzulegen, durch den
festgestellt wird, daß ein Volksentscheid über Gesehentwürfe,
die die Folgen der Geldentwertung regeln sollen, nur durch den
Reichspräsidenten veranlaßt werden kann.

Durch diese Regelung wird die Frage der Auseinandersetzung
der Länder mit den ehemals regierenden Fürstentümern und
damit das bereits schwebende Volksgefeggebungsverfahren nicht
berührt.

In der Propaganda für eine Abänderung der Auf-
wertungsgefeghe hat es bisher zwei Richtungen gegeben, die
des Abg. Best, die eine 50prozentige, und die des Sparer-
bundes, die eine 100prozentige Aufwertung verlangt. Neuer-
dings hat Dr. Best einen Entwurf nach seinen Grundfahen
ausgearbeitet, der unter Zulassung gewisser Schwankungen
alle Ansprüche normal auf 50 Proz. aufwerten will, und
dieser Entwurf soll zum Gegenstand eines Volksbegehrens
gemacht werden.

Die Reichsregierung befürchtet nun, daß der Entwurf
Bests oder ein noch weitergehender die notwendigen vier
Millionen Unterschriften finden könnte, wovon sie eine schwere
Erchütterung des deutschen Kredits erwartet. Vor dieser
Gefahr zu warnen, wie es der Reichswirtschaftsminister

Dr. Curtius jüngst in einer Rede in Mannheim getan hat,
ist ihr gutes Recht. Eine ganz andere Frage aber ist es, ob
der Weg der Gesehgebung zum Zweck der Verhinderung
des gefürchteten Volksbegehrens empfehlenswert und gang-
bar ist.

Zunächst ist festzustellen, daß die Argumente der amt-
lichen Erklärung überhaupt nur auf Schuldverpflichtungen
des Staates angewendet werden können, nicht aber auf
Schuldverhältnisse zwischen Privaten. Im ersten Fall
kann es zweifelhaft sein, ob das geplante Geseh eine Ver-
fassungänderung darstellt, im zweiten Falle ist es
unzweifelhaft. Soll also durch das neue Geseh der ge-
samte Komplex der Aufwertungsgefeghe von der direkten
Volksgefeggebung ausgeschlossen werden, dann ist dieses neue
Geseh ganz zweifellos verfassungsändernd und bedarf zu
seiner Verabschiedung der Zweidrittelmehrheit.

Auf keinen Fall darf man eine Art der Beweisführung
passieren lassen, die das geplante Volksbegehren für unzulässig
erklären will, weil es „mittelbar“ auch den Haushalts-
plan berührt. Denn nach dieser Methode könnte so
ziemlich das ganze Recht des Volkes auf direkte Geseh-
gebung mit Hilfe des Artikels 73 Abs. 4 der Reichsverfassung
hinweginterpretiert werden. Es wird wenige Geseh geben,
die nicht „mittelbar“ in der Gestaltung des Haushalts-
plans irgendeine Veränderung hervorrufen.

Die Erregung der Sparerkreise ist verständlich. Sie ist
durch die schwindelhafte Agitation der Deutschnationalen
noch gesteigert worden, und das Mißver-
hältnis zwischen den deutschnationalen Worten und den
deutschnationalen Taten hat das Gefühl jener Kreise, be-
trogen worden zu sein, bis zur Erbitterung gestärkt. Die
neue Aktion der Reichsregierung ist nun auch nicht danach
angehen, beruhigend auf sie zu wirken. Sie kompliziert den
Streit um die Aufwertung, indem sie ihn auf das verfassungs-
rechtliche Gebiet überträgt und sie kann dadurch leicht das
Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erreichen.

Die Regierungskrise in Polen.

Warschau, 21. April. (WTA.) Der Präsident der Republik hat
beschlossen, daß die Kumpfregierung Strzynski vorläufig
weiter am Ruder bleiben und der Ministerpräsident sich
bemühen solle, die zusammengeschmolzene Koalition zu erweitern.
Das hat in den Kreisen der Linken große Erregung hervor-
gerufen. Die radikale Bauernpartei Dombbski hat an die anderen
demokratischen Parteien die Aufforderung gerichtet, daß die gesamte
polnische Linke beim Staatspräsidenten intervenie-
ren sollte, um ihn auf die Gefahren seines Entschlusses aufmerk-
sam zu machen. Der Wismarschall des Landtags, der sozialdemo-
kratische Führer Daszynski, erklärte, daß „jeder zivilisierte Staats-
chef“ nach dem Bruch der Koalition die Demission der Regierung
angenommen und den zurückgetretenen Ministerpräsidenten mit der
Fortführung der Geschäfte betraut hätte. Von einem Neuein-
tritt der Sozialdemokraten in die Regierung, wie der
Präsident es angeblich wünsche, könne keine Rede sein. Im
ähnlichen Sinne hat sich der Führer der radikalen Bauern-
partei Wiswolenski, Sejmowiczmarshall Poniatowski, ausgesprochen,

Regierungssturz in Mecklenburg
Landtagauflösung und Neuwahlen wahrscheinlich.

Schwerin, 21. April. (Eigener Droßbericht.)

Die mecklenburgische Landbündlerregierung ist am Mit-
woch zurückgetreten. Ihre eigenen Helfer sind ihr zum Un-
glück geworden und waren die Urheber des Sturzes. Der Land-
bund hatte bereits am Dienstag eine Entschliegung eingebracht, die im
Laufe des Tages im Landtag besprochen und von den Regierungs-
parteien mit einem Vertrauensantrag für die Regie-
rung beantwortet wurde. Die Abstimmung erfolgte am Mittwoch
und ergab für die Regierung 23 Stimmen, während gegen sie
37 Abgeordnete stimmten. Die völkischen Landbündler
stimmten mit den Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten
gegen das Vertrauensvotum.

Das Gesamtministerium erklärte darauf nach einer kurzen Be-
ratung seinen Rücktritt, während die Deutschnationalen den An-
trag auf Auflösung des Landtags stellten. Am Donner-
stag der kommenden Woche soll dieser Antrag beraten werden, und
da auch die Linksparteien für die Auflösung stimmen werden, so ist
damit zu rechnen, daß der Landtag auflöst. Voraussetzung ist na-
türlich, daß die Völkischen nicht, wie schon so oft, sich in der
Zwischenzeit die Dinge anders überlegen und ihr Mißtrauen gegen
die Regierung plötzlich zu einem Vertrauensvotum umstempeln.

Das sogenannte Regieren in Mecklenburg-Schwerin war
schon seit langem nur ein Hängen und Wirren. Schon ein-
mal hatte die völkische Fraktion, von deren Unterstützung die
„Ordnungs“-Regierung abhängig ist, ein Mißtrauensvotum
gegen die Brandenstein-Regierung durchgedrückt. Als aber der
Rücktritt des Ministeriums und die Auflösung des Landtags
in Sicht kam, ließen die Rechten Abrecht von Grafes er-
klären, ihre Abstimmung bedeute kein Mißtrauensvotum,
und so blieb der deutschnationale Brandenstein mit volkspartei-
lichem Anhang weiter als „Regierung“ am Ruder. Aber die
Abhängigkeit von der völkischen Parlamentshilfe machte ihren
Herrenweg zu einem Leidensweg. Die Explosion, die jetzt er-
folgte, war lange vorauszusehen, unvermeidlich und von
unserem Standpunkt durchaus zu begrüßen. Indem unsere
Genossen im Landtag gegen die Vertrauenserklärung stimmten,
stellten sie die vorhandene Tatsache klar heraus, daß diese
Regierung keine Regierung mehr ist.

Jetzt ist die Regierung Brandenstein mit volkspartei-
lichem Anhang zurückgetreten. Der deutschnationale Führer
hat daraufhin beantragt, die Wahlperiode des gegenwärtigen
Landtages am 20. Juni ablaufen zu lassen, das heißt also:
den Landtag aufzulösen. Ueber den Antrag soll in
der nächsten Woche beraten und formell Beschluß gefaßt wer-
den. Wenn nicht die Völkischen aus begrifflicher Angst
vor Neuwahlen im letzten Augenblick wieder ein-
schwanken, dann wird der mecklenburgische Landtag bald ein
neues und wahrscheinlich wesentlich verändertes
Gesicht erhalten.

Der äußere Anlaß zu der Palastrevolution im Lager des
Ordnungsbundes erinnert sehr stark an den berühmten „Kahn-
städter Reformverein“, von dem Friß Reuter eine so prächtige
Schilderung in seiner „Stromtid“ gibt. Die Akteure in dem
Schauspiel, das da vor uns aufgeführt wird, sind vom Schlage
jenes Jamwel Pomuchelstopp, der bei Reuter als
Typus eines ausgebluteten neureichen Gutsbesizers erscheint
und von dem Onkel Bräsig sagt: „Herr Jamwel Pomuchel-
stopp, ich bin kein Du von Sie!“

Die Landbündler, aus deren Reihen die bisherige
Regierung zusammengefegt war und die sie bisher stützen,
sind in letzter Zeit immer mehr zum Spielball völkischer
Demagogie geworden. Vor kurzem haben sie auf einer von
der völkischen Presse weiblich ausgeschlachteten „Landbünd-
lung“ in Güstrow eine Reihe von Forderungen aufge-
stellt, die selbst der deutschnationalen Regierung und der
deutschnationalen Parteileitung über die Hutspur gingen.
Sie haben sich gegen diese Kriträge zur Wehr gefegt, worauf
ihnen vom „Erbpächer“, Bädner- und Häuslerauschuf“
unter Zustimmung des Gesamtvorstandes
des mecklenburgischen Landbundes „großes
Beyremden“, „Erbitterung“ und dergleichen ausge-
sprochen und zum Schluß folgende Erklärung unterbreitet
wurde:

„Wir erklären einmüßig, daß die Langmut des mecklenbur-
gischen Bauern erschöpft ist und wir nicht länger weder einer
Regierung folgen, noch einer Partei angehören können, die uns die
Möglichkeit des Fortbestehens untergräbt, weil deren Führer heute
noch nicht den ganzen schweren Ernst unserer wirtschaftlichen Lage
erkannt zu haben scheinen. Wir wollen endlich mit den Bauern im
übrigen Reich auf einer Stufe stehen.“

Eine solche Erklärung wurde von den Deutschnationalen
begrifflicher Weise als eine offene Kriegserklärung an-
gesehen. So leichtsinnig sie sonst von Kriegserklärungen
sprechen, diese war ihnen doch einigermaßen unbecquem. In
der Presse gab es deshalb eine fleißige Kaffbalgerei, bei der
vom Führer der Deutschnationalen, Justizrat Knebusch, den
völkischen Landbündlern vorgeworfen wurde, sie beab-
sichtigten eine vorzeitige Auflösung des Land-
tags. Der Landbündlerdiktator im „Kostoder Anzeiger“
quittierte diesen „Vorwurf“ mit der Bemerkung, Landtags-
neuwahlen wären schon deshalb zu begrüßen, weil — „bekannt-

lich Sozialdemokraten und Kommunisten ihre Wahlfonds schon beim Volksbegehren verpulvert hätten.

So nain diese Bemerkung auch erscheinen mag, vielleicht haben die Pomuchelkappe vom Landbund wirklich an die „Verpulverung“ eines Wahlfonds geglaubt und sich aus diesem Grund berechtigt gehalten, mit der Landtagsauflösung zu spielen, um den beachtlichsten Druck auf die Rechtsregierung zu verstärken. Nachdem aber Sozialdemokraten und Kommunisten durch ihre Abstimmung die Niederlage der Regierung erst ermöglicht haben, ist es durchaus noch nicht sicher, daß die Bötschen und ihre Freunde im Landbund wirklich für die Auflösung stimmen. Die letzten Wahlen in Mecklenburg, die für die Amtsvertretungen (Kreisräte), haben einen so deutlichen Ruck nach links gezeigt, daß die Graefe-Trabanten wahrscheinlich Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen werden. Sie machen immer noch dem Bäcker Swenn Fritz Reuters Konkurrenz, indem sie vor dem Fendel der Politik sitzen und eintönig murmeln: „Hier geht bei hen, dor geht bei hen!“

Immerhin besteht die Möglichkeit, daß die Bötschen angesichts der Erregung, die sie in Bauernkreisen hervorgerufen haben, nicht einen neuen Unfall riskieren mögen, und daß deshalb mit der baldigen Neuwahl des aus den Infationsjahren stammenden Landtags gerechnet werden kann. Der Streit unter den bisherigen „Regierungsparteien“ nimmt deshalb schon groteske Formen an. Man muß den streitbaren Männern des mecklenburgischen Ordnungsblocks freilich zugute halten, daß ihre ins Hochdeutsche übertragene plattdeutsche Muttersprache manchmal stark „messingisch“ aussieht, und daß Wendungen, die im heimischen Idiom ganz gemächlich klingen, in hochdeutscher Rede vergrößert erscheinen. Indessen sind es doch allerhand derbe Wahrheiten, die sie gegeneinander austauschen. Es klingt fast wie ein Liebeslied, wenn der deutsch-nationale Witzkünstler Rnebusch im Landbundorgan einem völkischen Widersacher zuräumt:

„Wo, Herr Bollow, bleiben Sie lieber aus dem Kampf mit dem Federfiele heraus, den Sie nicht so geschickt zu handhaben verstehen, wie den Drecksiegel des gesprochenen Wortes.“

Ganz anders lönt es dagegen wider die Deutsche Volkspartei, die doch auch zur Regierung gehört. Ihr schreit Rnebusch diese Liebligkeit ins Stammbuch:

„Was mir aber jetzt polstert ist, geht weit über ein Ausgeschickter hinaus! Das ist schon mehr Leichensiederei, das ist schon fast Mumienchändung! Während ich im schwersten Kampf mit den großen Preisbörzern des Landes stehe, kommt die verehrliche Volkspartei und staut mit meine goldene Uhr, die ich mir ehlich verdient habe... Die Volkspartei will aber die alleinseligmachende Partei sein und möchte sich am liebsten auf sämtliche Stühle des Landes setzen... Wenn die Volkspartei jetzt die Bauern damit einjungen will, daß sie für die Umwertung des wertbeständigen Kanons stimmt, so muß sie ihren städtischen Wählern sagen, wie sie dann den hierdurch entstehenden Einnahmefall deden will. Und wenn sie sich als Freund der Pächter ausgibt, muß sie sich den Hinweis gefallen lassen, daß... Herr Walter in den Verhandlungen mit dem Wirtschaftsausschuß am 29. September 1933 erklärte, die Landwirtschaft lasse es an der nötigen Opferbereitschaft fehlen, insbesondere mühten die alten Pächter endlich die gleiche Last zahlen, die die neuen auch heute noch ausüben.“

Wie jagte doch Unkel Bräsig? „Herr Jammel Pomuchelstopp, ich bin kein Du von Sie!“

Das war noch höflich im Vergleich zu dem, was Rnebusch den volksparteilichen Brüdern sagt. Das Wort von „Leichensiederei“ und „Mumienchändung“ hatte Unkel Bräsig noch nicht gefunden.

Run geht der Streit um die Forderung des Landbundes, der „Kanon“ solle neu geregelt werden, nämlich die Pachtsummen, die die Erbpächter usw. an die Grundbesitzer — hauptsächlich Staat, Städte und Kirche — zu zahlen haben, sollen herabgesetzt werden, soweit sie auf Goldmarkt laufen. Die Volkspartei, die in einem Patro den mecklenburgischen

Kultusminister gestellt hat, schlägt deshalb hauptsächlich auf die — Kirche los. Ihr Wortführer, der von Rnebusch zitierte Herr Walter, stellt öffentlich als Grundlag für Staat, Stadt und Kirche auf: „Entbehre gern, was du nicht hast und richte dich ein!“ Und der Kirche liest er so die Predien:

... die Kirche! Gerade sie hat alle Ursache, sich auf die Lebens- und Wirkensgrundsätze ihres Herrn und Meisters zu bestimmen, nicht nur, sondern sich auch auf sie zurückzufinden, der vergleichsweise von sich sagt: „Die Vögel haben Nester, die Fische Gruben, aber des Menschen Sohn hat nicht, da er sein Haupt hienlegt...“ Aber auch die Kirche muß, und ich bin dessen sicher, sie wird es gern tun, die Grenzen staatlicher und wirtschaftlicher Finanzkraft anerkennen, und das um so mehr, weil die eigentlichen Grundlagen ihrer Wirkungsfähigkeit mehr gegeben sind im Beispiel der Enttugung und der Enthaltung von irdischen Gütern und weltlichen Dingen und Habseligkeiten. Wer Buße predigen will, soll es im Böhrgewande tun.“

In dieser Form unterhielten sich die Führer der „Regierungsparteien“ vor dem Mittwoch, der die Ablehnung des Vertrauensantrags im Landtag und damit den Rücktritt der Regierung brachte. Jetzt sitzen sie wahrscheinlich beisammen, lassen gemeinsam die Ohren hängen und beraten, wie man der vermaledeiten Neuwahl entgegen könne. Denn schließlich ist auch in der Familie der Pomuchelkappe nicht unbekannt, daß, um mit ihrem hervorragenden Landsmann Fritz Reuter zu sprechen: „Rindfleisch und Plumen ein schön Gericht“ sei, aber das Bedauerliche daran ist, daß man „es nicht kriegt“. So sehr sie auch den starken Mann gegen einander spielen, als es noch Zeit war, so mehr wird ihnen gemeinsam bei dem Gedanken, daß die schöne Regierungsherrschaft des Ordnungsblocks durch Neuwahlen beendet werden könnte.

Die Sozialdemokratie hat bei den Amtsvertreterwahlen gezeigt, daß auf dem Felde des Ordnungsblocks ihr Weizen blühte. Sie wartet darauf, bei den Neuwahlen zum Landtag ernten zu können!

Preußen im Reichsrat.

Neuer Beschluß nach dem Einspruch des Staatsrats.

Der Verfassungsausschuß des Landtags trat in seiner letzten Sitzung dem Gesetzesentwurf über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen bei, der im März dieses Jahres von der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und Sozialdemokraten im Landtag eingebracht worden war, da eine Zweidrittelmehrheit gegenüber dem Einspruch des Staatsrats nicht zu erzielen war.

Bekanntlich befogt der Antrag, daß in den Ausschüssen des Reichsrats ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied die Stimme des Landes Preußen führt. Die Gegenstände der Tagesordnung der Vollsitzung sind vorher in gemeinschaftlicher Beratung aller preußischen Mitglieder des Reichsrats zu erörtern. In der Vollsitzung werden die Stimmen Preußens einheitlich durch ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied abgegeben, es sei denn, daß sich mehr als zehn Stimmen in der Minderheit befinden haben. Jedem gewählten Mitgliede steht das Recht zu, bei einheitlicher Stimmabgabe seine abweichende Stellungnahme dem Reichsrat bekannt zu geben.

Gegen diese Vorschläge stimmten nur das Zentrum und die Nationalen. Der Einspruch des Staatsrats soll erst, nachdem das Plenum zu dem Beschluß des Verfassungsausschusses Stellung genommen hat, zur Erledigung kommen.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Zu dem Regierungsentwurf des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung ist jetzt dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat die amtliche Begründung zugestellt worden. Dieses ausführliche Werk, in dem das Problem der Arbeitslosenversicherung von seinen ersten Anfängen bis zu der Vollendung des Entwurfes in umfassenden Darstellungen gegeben wird, umfaßt außer den graphischen Beilagen circa 200 Seiten.

werden, unsauber, wenn sie falsch geungen werden, belanglos. Die Staumethode, die d'Arguta propagiert, halte ich persönlich für gefährlich, das Sigen beim Singen nicht für hygienisch. Der Landtag, vor dem d'Arguta, wohl auf kommunistischen Antrag hin, seine Methode dialektisch und durch ein Konzert unterfürlich, scheint anderer Meinung zu sein. Es wird gesagt, daß diese Gesangsgemeinschaft staatlich subventioniert werden soll. Wir können das diesen erstrebenden und arbeitenden Menschen gern, können allerdings verstehen, wenn andere Arbeiterkreise ein gleiches Begehren haben.

Auf ihrer Konzertreise nach Deutschland sang der Wiener Lehrer-accapella-Chor auch bei uns. Hans Wagner-Schönlich führt diese jugendliche, singtrophe Schar mit Andacht und großer Befähigung zum Ruancieren. Die klaren Lenorstimmen hören nicht lange, durch das Ganze zieht es wie eine einzige große Begeisterung, die selbst sehr matten Kompositionen des Dirigenten zugute kommt. Musikalisch steht dieser Wiener Chor auf höchster Höhe, und er bewältigt sogar eine technisch unerhört schwere doppelchorige Arbeit von Kämpf. Der Chor wurde sehr geehrt, und er verdient es, nicht nur aus politischen, sondern stärker aus Gründen der künstlerischen Leistung.

Höchste, vollendete Kunst im neunten Konzert von Furtwängler, wo Gregor Piaiaoritz mit ebem, großem sinnlichen Ton sein Cello meistert im H-Roll-Konzert von Dooat, wo Furtwängler das 5. Concerto grosso von Händel trotz eines unhörbaren Piano im dritten Satz zu einer im Stil und im Bau muster-gültigen Darbietung bringt. Tchaikowitsch IV. Sinfonie bildete den Abschluß, und im nächsten, letzten Konzert werden Beethoven und Brahms nebeneinander stehen. Hoffen wir, daß die große Kunst Furtwänglers, die beste und ehrlichste, die jetzt auf dem Podium zu finden ist, vom nächsten Jahre an stärker ihrer propagandistischen Fähigkeit sich bemußt wird. Herous mit neuen Werken.

Der Pianist Hans Bork hat in guter Schule gelernt, und er erweist das im Präludium von Mendelssohn stärker als in der C-Roll-Sonate von Beethoven. Gesunde Technik und lebhaftes Phantasie zeichnen sein Spiel aus, doch genügt das nicht für die Geistigkeit und Tiefe des Beethovenischen opus 111. Seiner Entwicklung in diese Region hin sehen wir mit Spannung entgegen. Billi Ulling läßt auch durch eine Menge von Unklarheiten und Verwirrungen hindurch eine pianistische Persönlichkeit erkennen. Noch bleibt alles ungleich, im Anschlag, in der Temperamentenladung, im Bau. Ein seltsames Gleichmaß wird allmählich das technische Gleichmaß hervorzuheben, und die Verbesserung einer in sich vorzüglichen Technik dürfte langsam die begabte Spielerin dahin bringen, eine Lokata von Schumann in dem Tempo zu geben, die sie verlangt, und der Ulling'schen E-Dur-Bolonaile jenen virtuosen Schwung, dem sie selber in Augenblicken der Begeisterung huldigt. Magdalene Wolter-Bieper hat eine vornehm distinguierte Art des Singens bei einer weder üppigen noch einbringlichen Stimme. Leider hatte sie sich allerdings ein besonderes Mittelmaß an Erstaufführungen (Wiedmann und Wildberger) ausgesucht, bei deren Interpretation eine Stimmung nicht aufkommen kann.

Naturforsch.-Ausstellung. Eine interessante Ausstellung, die sich mit den Fragen des Naturforschens beschäftigt, hat in Rander in den Räumen des Westfälischen Provinzialmuseums für Naturkunde stattgefunden. Es wurden reichhaltige Sammlungen gezeigt, die die Bedeutung des Naturforschens lebendig vor Augen führten.

Das Polizeibeamtengesetz.

Widerrung der Strafbestimmungen.

Das neue Schuppolizeibeamtengesetz wird vor dem 1. Oktober d. J. nicht verabschiedet werden können. Der Beamtenausschuß des Landtags nahm deshalb jetzt einen Änderungsantrag der sozialdemokratischen Fraktion zum Schuppolizeibeamtengesetz an. Der Antrag bringt einige Änderungen in den Vorschriften über die Dienstentlassung. Die fristlose Entlassung darf in Zukunft nicht mehr erfolgen, wenn z. B. die Ehefrau des Schuppolizeibeamten sich irgendwelche Dinge zuschulden kommen läßt. Auch bei Eintritt von Unmündigkeit (Geisteskrankheit) muß die dreimonatige Kündigungsfrist eingehalten werden. Der Antrag auf Entlassung, der bisher von jedem Vorgesetzten gestellt werden konnte, kann künftig erst vom Major an aufwärts eingebracht werden. Während bisher der Polizeibeamte gehalten war, jeden Befehl, auch solche bedenklicher Art, auszuführen, hat künftig der Schuppolizeibeamte nur dem rechtmäßigen Dienstbefehl der zuständigen Dienstvorgesetzten unbedingt nachzukommen. Einfache Vermesse sollen ausdrücklich als solche durch die Dienstvorgesetzten ausgesprochen und schriftlich übermittelt werden. Der strenge Verweis, der bisher vor verfallener Mannschaft erfolgte, wird in Zukunft dem Schuppolizeibeamten in Gegenwart eines Beamten erteilt, der möglichst dem gleichen Dienstgrad und der Beamtenvertretung angehört.

Kommunist, Denunziant, Hitlerianer.

Sonderbare Wandlungen.

In Dippoldiswalde (Sachsen) wurden im Juli vorigen Jahres vier Arbeiter in Haft genommen. Sie sollten sich gegen das Sprengstoffgesetz vergangen haben. Erst im März sind die Verhafteten aus der Haft entlassen worden und das Verfahren ist gegen sie eingestellt worden.

Jetzt wird nun bekannt, daß die Verhaftung auf Grund einer Anzeige des kommunistischen Organisationsleiters, des Stadtverordneten Jschernig, erfolgte, der bei, seinen Namen als den des Anzeigenden zu verschweigen. Jschernig soll heute bei den Nationalsozialisten gelandet sein.

Bayerns Vereinfachungspläne.

München, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) In einer dreitägigen Beratung hat sich der bayerische Städtebund mit den Steuerentwürfen der bayerischen Regierung beschäftigt. Sie war veranlaßt durch die der Landwirtschaft erlassenen 14 Millionen Mark Steuern, die jetzt den städtischen Gemeinden durch Erhöhung der Schullasten aufgebürdet werden sollen. Dieses Finanzprogramm der bayerischen Regierung hat bei der gesamten städtischen Bevölkerung Bayerns ohne Unter-schied der Partei um so größere Erregung hervorgerufen, als der bayerische Finanzminister bei dieser Lastenabwälzung außerdem noch ein Geschäft für den Staatsfiskus in Höhe von 5 Millionen zu machen gedankt. Das Ergebnis der Beratungen des Städtebundes kommt in einer von allen Parteien einstimmig angenommenen Rundgebung an die Regierung und den Landtag zum Ausdruck, in der die Staatsvereinfachungspläne zwar begrüßt, dagegen der Plan der Lastenabwälzung auf die städtischen Gemeinden mit aller Schärfe zurückgewiesen wird. Begründet wird diese ablehnende Haltung mit der statisch nachgewiesenen absoluten Leistungsunfähigkeit der bayerischen Städte und Märkte zur Uebernahme der ihnen angefallenen neuen Schullasten. Nach Auffassung des Städtebundes kann die schwierige Finanzlage des bayerischen Staates sehr wohl durch einschneidende Wstrie und Umstellungen im Staatshaushalt und durch außerordentliche Mittel behoben werden.

Da an dieser scharfen Ablehnung der Regierungspläne vor allem hervorragende Mitglieder der Bayerischen Volkspartei, darunter sämtliche prominente Kommunalpolitiker der Partei beteiligt sind, wird die Rundgebung von der bayerischen Regierung wohl eingehend gewürdigt werden müssen. Ebenfalls ist die Stellung der Opposition gegen eine gewisse Mißwirtschaft innerhalb der bayerischen Staatsfinanzen durch den geschlossenen Widerstand des Städtebundes wesentlich gestärkt worden.

Religion, Politik und Kunst.

Konzertumskau von Kurt Singer.

„Wie haltet Ihr's mit der Religion?“ Diese Frage Gretchens an Faust soll in Dingen der Kunst niemals aufgeworfen werden. Jeder tue und lasse, glaube und verdamme, was ihm lieb und unwert ist. Wenn die Religion aber als Propagandamittel benützt wird, um die Sitten des äußeren Ausmaßes schneller zu erklimmen, so muß dagegen im Interesse der Sauberkeit des Handwerks protestiert werden. Es ist uns vollkommen gleichgültig, welchem Bekenntnis ein Musiker huldigt, wenn er nur imstande ist, ein Bekenntnis zu Musik und musikalischen Größen abzulegen. Auch der Wechsel der Religion ist belanglos, vorausgesetzt, daß in ihm nicht allein ein Wechsel auf Karriere erblickt wird. Der Fall ereignet sich, daß ein sehr rühriger Dirigent in Berlin durch Vermittlung von katholischen Ministern eine künstlerische Bewegung in eine religiöse umwandelt. Während hochbegabte junge Musiker in streng katholischen Städten des Rheinlands selbst als Probepredigten abgelehnt werden, weil sie nicht Zentrumsleute sind, darf dieser eine, versehen mit einem Empfehlungsbrief des Reichstanzlers a. D., als rasserener Katholik Proben seiner Fertigkeit ablegen. Hier wird Wohlwollen zur Ungerechtigkeit, und mit Recht sind Künstler von gleicher oder von größerer Begabung enttäuscht über ein solch religionspolitisches Wandern. Auch das Präsentieren der allmenschlichen Figur und Persönlichkeit Bruckners als künstlerischen Hauptrepräsentanten der katholischen Kirche muß abgelehnt werden. Es soll im Augenblick nicht darüber diskutiert werden, wie der oben genannte Kapellmeister sich technisch und gefühlsmäßig mit dem stonischen Großmeister abfindet. Es ist in letzter Zeit zu bemerken, daß seine äußerlich dargebotene Begeisterung auch manches von innerer Empfindung lockert, und daß seine Musikgebärde von der Eitelkeit fortstrebt zu einer wirklichen Führerleistung. Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, daß außer der religionspolitischen Seite diese berlinische Bruckner-Sache auch noch einen pressenpolitischen Einschlag bekommt. Der Dirigent ordnet an, daß die Pressevertreter von den Dienern notiert, ihre Anfunft und ihr Fortlaufen nach der Minute registriert wird. Zu viel Ehre, zu viel Ehre. Wir wünschen nicht mehr kontrolliert zu werden, wir wünschen als Ersatz dafür nicht mehr die Berliner Bruckner-Vereinigung zu kontrollieren.

In die Politik greift auch die Propaganda für Rosebery d'Arguta ein. Diefem Manne kann man Idealismus, heißen Drang nach Betätigung, sowie einen außergewöhnlichen Kontakt mit den Mitgliedern seiner Gesangsgemeinschaft nicht absprechen. Es ist hocherfreulich, zu sehen, wie begeistert jung und alt mit ihm geht, wie eine Idee jahraus jahrein durch das Wirken von hundert Menschen und Kindern geheiligt wird. Dies sei vorausgeschickt. Hört man ohne jedes Vorurteil die Gesänge an (die meisten stammen vom dem Dirigenten selbst), so findet man durchaus keinen Unterschied gegenüber der Leistung müßiger Arbeiter- und Arbeiterjugendchöre. Es ist ein gleichmäßiges, starrs, in seiner Weise außergewöhnliches Musizieren. Was unter gesangsinfantilem Stil verstanden wird, weiß ich nicht. Die absoluten Gesänge haben den guten Schwarm des richtigen Vokalstimmens und gewisser Brummeffekte, die Sterktionquartette klingen dann, wenn sie sauber gesungen

Schauspielerchaft und Theaterkonzern.

Die Delegiertenversammlung der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger, die sich am Mittwoch mit den für die kommende Saison zu erwartenden Bühnenkonzernen Reinhardt-Bornowitsch-Rebert beschäftigte, fahte ihre Stellungnahme in folgendem Beschluß zusammen:

„Die in der Genossenschaft vereinigten Schauspieler begrüßen jeden Versuch, eine Gesundung der Berliner Theaterverhältnisse herbeizuführen. In der von den Direktoren Reinhardt, Bornowitsch und Robert geschaffenen Interessen- und Arbeitsgemeinschaft vermögen sie jedoch kein geeignetes Instrument für Durchführung solcher Absichten zu erblicken. Gegen einen Zusammenschluß mehrerer Berliner Theater zu diesem Zweck, die bisher bestehenden schweren Mifstände im Theaterbilletvertrieb und bei der Preisbildung der Eintrittskarten durch die Schaffung eines gemeinsamen Abonnententreffes zu beseitigen, können natürlich keine Bedenken geltend gemacht werden. Auch die Möglichkeit für wirtschaftliche Vorteile scheinen gegeben durch Zentralisierung der materiellen Beschaffung und Verbindung. Ein künstlerischer Vorteil soll angeblich darin bestehen, daß die von der Genossenschaft seit langem verlangte Ensemblebildung gefördert werden soll. Es ist jedoch zu befürchten, daß der vermehrte Austausch der künstlerischen Kräfte auf das Ensemble zerstörend wirken muß. Die Genossenschaft ist der Ansicht, daß diese Gemeinschaft genau so wie jede andere Art von Vertretung eine Zentralisierung der künstlerischen und geschäftlichen Maßnahmen mit sich bringen muß. Eine gesunde künstlerische Konkurrenz würde dadurch ausgeschlossen, und die davon betroffenen Theater würden ihre individuelle Physiognomie verlieren. Außerdem müssen in loalcher Folge durch jede Art von Betriebszusammenlegung große künstlerische, wirtschaftliche und soziale Schädigungen für die Bühnengehörigen sich einstellen, deren Tragweite zunächst nicht zu übersehen ist. Die Genossenschaft wird mit aller Wachsamkeit die Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft beobachten, um im geeigneten Moment Theater und Theaterangehörige vor Schaden zu bewahren.“

Die Libelaner verbieten die Everest-Expeditionen. Nach einer in Kalkutta eingetroffenen, durch General Bruce, den Führer der letzten Everest-Expedition, verbreiteten Meldung scheinen sich neuen Expeditionen zur Eroberung des höchsten Berges der Erde unerwartete Schwierigkeiten entgegenzustellen. Es heißt in der Meldung, daß die tibetanischen Behörden neue Expeditionen zum Everestgipfel nicht gestatten wollen, und daß vorläufig keine Aussicht besteht, das tibetanische Bett rückgängig zu machen. Man erwartet, daß sich die englische Regierung mit den Sarnas in Verbindung setzen und sie durch einen sanften Druck im letzten Augenblick doch noch zur Zurücknahme ihres Einspruchs bewegen werde.

Die größte Weltausstellung der Welt soll am 22. Februar 1933, am Tage des 100jährigen Geburtstages Georg Washingtons, in New York eröffnet werden. Die Stadt wird für die Ausstellung ein eigenes, 300 Morgen großes Gelände im Südosten von Brooklyn zur Verfügung stellen. Ein Stadion mit Raum für 200 000 Sitzplätze soll errichtet werden. Außerdem ist für das Einstellen von 100 000 Autos ein entsprechender Raum vorgesehen.

Abstimmungen im Rechtsauschuß.

Die Zusammenlegung des Abfindungsgerichts.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung des Rechtsauschusses erklärte in der fortgesetzten Spezialdebatte Abg. Neubauer (Komm.), daß seinen Freunden die Mitarbeit an der Verbesserung des Kompromisses überflüssig erscheine, weil eine wirkliche Verbesserung dieses Gesetzes nicht möglich sei. Wenn die Sozialdemokraten kein Vertrauen zu den von der Regierung zu ernennenden Richtern hätten, so sollten sie einfach die Regierung stürzen. Die einzige wirkliche Lösung der ganzen Frage sei die restlose Einigung der Fürsten.

Abg. Wunderlich (D. Sp.) hob hervor, daß gerade Berufsrichter geeignet seien, in dem Sondergericht mitzuwirken, denn sie seien doch in der Rechtsprechung geschult. Mit den Laien habe man doch beim Staatsgerichtshof keine guten Erfahrungen gemacht.

Er unterstütze den deutschnationalen Antrag, nach welchem nur höchste Richter mitwirken sollen.

Wenn der Sächsischer Richterverein erklärt habe, daß seine Mitglieder nicht zugleich dem Republikanischen Richterbund angehören dürften, so sei dieser Beschluß aus den Vorgängen des Jahres 1923 zu erklären, als in den Sitzungen des Richtervereins sachliche und sachliche Beratungen unmöglich geworden seien, weil die republikanischen Richter alle Äußerungen sofort dem sozialistischen Justizminister hinterbrachten. Von einer Neugliederung der republikanischen Richter könne ernstlich nicht gesprochen werden.

Abg. von Richthofen (Dem.) lehnt die deutschnationalen Anträge ab. Die Richter im Sondergericht hätten nicht lediglich richterliche Aufgaben zu erfüllen, sondern hauptsächlich politische. Deshalb sei nicht einzusehen, warum nur Mitglieder höchster Gerichte für das Sondergericht geeignet sein sollten.

Abg. Bell (Z.) wendet sich gegen die sozialdemokratischen Anträge.

die mit dem parlamentarischen System und der Verfassung nicht im Einklang ständen. Da die Regierung auf dem Vertrauen des Reichstages beruhe, sei nicht einzusehen, warum sie nicht auch die Richter ernennen solle. Die Wahl der Richter durch den Reichstag würde nur Mißtrauen gegen die Richter erregen.

Abg. Dr. Rosenfeld erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion nach wie vor an der Verbesserung des vorliegenden Kompromisses mitarbeiten werde, wenn auch nach dem bisherigen Verlauf der Beratungen zu bezweifeln sei, daß die sozialdemokratischen Anträge nur zum geringen Teil Annahme finden würden. Zum ganzen Gesetz könne und werde die sozialdemokratische Fraktion erst Stellung nehmen, wenn die Formulierung des Gesetzes feststeht.

Abstimmung über § 1.

Bei der alsdann folgenden Abstimmung über § 1 wurde der sozialdemokratische Antrag auf einschlägigste Entziehung der Fürsten von allen Parteien mit 17 gegen die 10 sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen abgelehnt. Ebenso wurden die deutschnationalen Anträge auf Einsetzung des Reichsgerichtshofes und auch die Anträge, nur Mitglieder höchster Gerichte in das Fürstengericht zu berufen, abgelehnt, und zwar von allen Parteien, nur die Volksparteier stimmten teilweise für die deutschnationalen Anträge. Die Kommunisten stimmten jetzt gegen die deutschnationalen Anträge, nachdem sie in erster Beratung sich bei denselben Abstimmungen der Stimme enthalten hatten. Immerhin ein kleiner Fortschritt!

Der Kompromißvorschlag des § 1 wurde, nachdem Dr. Rosenfeld erklärt hatte, daß die sozialdemokratischen Vertreter sich der Stimme enthalten würden, mit den 10 Stimmen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei gegen 4 Stimmen der Sozialisten und Kommunisten angenommen. Die Deutschnationalen enthielten sich ebenfalls der Abstimmung.

Nach § 1 soll also für die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen der Fürsten mit ihren Ländern ein Reichssondergericht zuständig sein, dessen Vorsitzender der Reichsgerichtspräsident sein und dessen übrige acht Mitglieder vom Reichspräsidenten auf Vorschlag der Reichsregierung ernannt werden. Vier von diesen Mitgliedern müssen Richter sein.

Der Ausschuh trat dann in die Beratung des § 2 ein. Genosse Dr. Rosenfeld begründete die sozialdemokratischen Anträge zu § 2 des Kompromißvorschlages, die den Zweck verfolgen, daß das Gericht von Amts wegen alle vermögensrechtlichen Beziehungen der Fürsten zu ihren Ländern nachprüfen soll, ohne auf Anträge eines Fürsten oder eines

Landes angewiesen zu sein. Würden diese Anträge nicht angenommen, so könnte es leicht kommen, daß das Gesetz überhaupt keine praktische Bedeutung erlange, weil höchstens in Preußen der Antrag eines Landes zu erwarten sei und vielleicht auch noch in Thüringen wegen des früheren Herzogs von Coburg-Gotha. Es wäre unerträglich, wenn nach all den vielen Beratungen das Gesetz nicht in einer Form zustande käme, die nicht einmal eine praktische Auswertung gewährte.

Abg. Hahnemann (Dnat.) und Wunderlich (D. Sp.) traten diesen Ausführungen entgegen. Sie meinten, daß es völlig ausreichend, wenn die beteiligten Länder und Fürsten das Antragsrecht gegeben werde.

Genosse Landsberg wies darauf hin, daß in allen Ländern die früher eine monarchistische Spitze gehabt hätten und jetzt freiheitlich seien, eine Auseinandersetzung notwendig sei. Gerade weil in manchen Ländern eine Geländeaufeinanderlegung nicht stattgefunden habe, müsse sie jetzt von Amts wegen erfolgen.

Würde man die Auseinandersetzung von einem Antrage abhängig machen, so würde es in der Hand einer Landesregierung liegen, das Land um alle Ansprüche zu bringen, indem einfach kein Antrag an das Gericht gestellt würde.

Das könnte dann eintreten, daß ein Fürst an sich die Absicht habe, einen Geldanspruch gegen ein Land geltend zu machen, daß er aber befürchten müsse, etwa einen größeren Landbesitz, den er habe, zu verlieren, wenn er das Gericht anrufe. Er würde infolgedessen darauf verzichten und das Land geschädigt sein. So würde, wenn eine Regierung jährlich die Beratung des Gerichts unterlasse, das Land bestraft werden. Das aber dürfe nicht eintreten.

Abg. Wunderlich (D. Sp.) und von Richthofen (Dem.) wünschten es bei dem Antragsrecht zu belassen.

Abg. Neubauer (Komm.) wies darauf hin, daß zum Beispiel die thüringische Regierung, die nach dem Ergebnis des Volksbezugs zweifellos nicht mehr das Vertrauen der Mehrheit des Landes habe, zum Beispiel in dem Fall der beiden Schwarzburger Länder dem Fürsten alles belassen könne.

Reichsjustizminister Marx machte darauf aufmerksam, daß man nicht nur an Thüringen denken dürfe. Wenn man festsetze, daß das Gericht von Amts wegen eingreifen könne, würde das auch in anderen Ländern Wirkungen ausüben, die unerwünscht seien.

Abg. Everling (Dnat.) erklärte, daß gerade der Schwarzburger Fall beweise, daß Auseinandersetzungen nach der Revolution zustande gekommen seien, die höchst unrichtig seien. Dem Schwarzburger Fürsten sei sein ganzer Grundbesitz im Wege des Zwanges weggenommen worden. Das bestätige das Urteil des Landgerichtes Erfurt. Dem Fürsten von Schwarzburg seien über Verhandlungen im Landtag Mitteilungen gemacht worden, aus denen die Androhung hervorging, daß bei Ablehnung der Auseinandersetzung Leute aus Eichenborn das Schloß stürmen würden. So etwas liegt allerdings (zu den Kommunisten gewandt) in der Ideallinie mancher Leute.

Abg. Neubauer (Komm.) weist diese Angriffe zurück.

Abg. Everling: Ich habe Sie ja gar nicht genannt. Neubauer: Aber Sie haben uns gemeint. Dabei sind die Leute, die das Boll ausgeplündert haben, die Deutschnationalen. Eine Debatte über die Volksausplünderung würde sich gerade gegen die Deutschnationalen richten.

Genosse Dr. Rosenfeld wies darauf hin, daß gerade in dem Schwarzburger Fall von einem Druck auf den Fürsten keine Rede sein könne.

In Schwarzburg-Sondershausen sei die Revolution so gemächlich gewesen, daß die Republik dort nicht durch einen Arbeiter- und Soldatenrat beschloffen worden sei, sondern durch den alten Landtag des Dreiklassenwahlrechts. Der Fürst habe sogar das Gesetz, durch welches das Staatsgrundgesetz aus der Festschließung der monarchistischen Staatsform in eine Festlegung der republikanischen Staatsform erfolgt sei, selbst in der Gesammmlung veröffentlicht. (Heiterkeit.)

Genosse Friedrich sei der Abfindungsvertrag mit dem Fürsten abgeschlossen worden. Der Fürst habe bei den ganzen Verhandlungen einen Sozialdemokraten nicht einmal zu sehen bekommen, geschweige denn, daß er von irgend jemandem bedroht worden sei.

Dr. Everling erwidert, daß die Drohungen dem Schwarzburger Fürsten durch einen Beamten des alten Regimes übermittelt worden seien. Die Drohungen seien im Landtag ausgesprochen worden. Und das habe auf den schwerkranken Fürsten gemerkt. (Abgeordneter Landsberg: Dann kann er ja wohl unmöglich die Republik Schwarzburg-Sondershausen anfechten!) Die weitere Beratung wird alsdann auf morgen vertagt.

Die Reichsdienststrafordnung.

Statt eines einheitlichen Beamtenrechts.

Im 14. Ausschuh des Reichstages begann am Dienstag die Generalausdebatte über den Entwurf einer Reichsdienststrafordnung. Für die Sozialdemokratie verlangte Genosse Stielow ein einheitliches Beamtenrecht für alle Beamten des Reiches, der Reichsbahn, Reichsbank, Ländern und Gemeinden. Er bedauerte, daß nur ein Teil des neuen Beamtenrechtes bisher vorgelegt worden sei, das noch dazu in seinem Geist den reaktionären Traditionen von früher entspreche. Die Vorlage bringe neben einigen kleinen Verbesserungen gegenüber dem bestehenden Rechtszustand erhebliche Verschlechterungen. So zum Beispiel eine Überbannung des Autoritätsprinzips, Stärkung der Vorgesetztenmacht, Verschlechterungen im Berufungsverfahren, die Möglichkeit von Dienststrafverfahren gegen Pensionäre, auch sei die unumschränkte Kontrolle des Privatlebens der Beamten und die Form des Verfahrens beibehalten worden, daß in vielen Fällen Anklagen und Richter dieselbe Person seien. Soweit gegen Pensionäre einzuschreiten sei, müßte dies dem Strafverfahren überlassen bleiben. Es fehlten aber die Dienstbefragung der Beamten bei Verletzungen der Verfassung, die Festsetzung des Pflichtenkreises und die Klärung der Stellung der Sozialfürsorge für die Beamten. Es gehe nicht an, die Regelung des Dienststrafrechtes nach den technischen Bedürfnissen des Reichsgerichtes einzurichten, auch müsse eine Verschlechterung in der Befragung der Dienststrafgerichte abgelehnt werden. Diese Verschlechterung der Befragung gehe darauf hinaus, die Beamten der mittleren und unteren Laufbahn als Richter aus dem Dienststrafgerichte hinauszuwerfen. Bei aller Anerkennung verschiedener Verbesserungen, wie Beseitigung, Wiederaufnahme eines Verfahrens, Erweiterung der Vertretungsmöglichkeit müsse doch festgehalten werden, daß die Verschlechterungen erheblich überwiegen. Die Sozialdemokratie werde daher Anträge auf Verbesserung des Entwurfes stellen und mache ihre endgültige Stellungnahme von dem Gang der Debatte und der Annahme oder Ablehnung dieser Anträge abhängig.

Abg. Schmidt (Dem.) bedauert, daß in dem Entwurf die Grundlage des Beamtenverhältnisses nicht gestört worden ist. An Stelle des dienstlichen Ermessens über Einleitung eines Dienststrafverfahrens müsse auch schon in der ersten Instanz völlige Unabhängigkeit treten. Ein Dienststrafverfahren gegen Pensionäre sei unzulässig.

Ministerialdirektor Dr. Bredt vom Reichsministerium des Innern erklärt, daß auch das gegenwärtige Kabinett hinter dem von Schiele eingebrachten Entwurf stehe. Damit sei aber nicht gemeint, daß hinsichtlich an jeder Bestimmung festgehalten werden soll. Die Regierung werde selbst an Verbesserungen geru

mitwirken. Eine Zurückziehung der Vorlage würde ihre Verabschiedung bedeutend verzögern.

Abg. Dr. Schaefer (D. Sp.) erinnert daran, daß im Jahre 1910 das Relativbeamtengesetz im Reichstag beinahe davon gescheitert wäre, weil der Reichstag die Möglichkeit einer Wiederaufnahme eines Verfahrens verlangte. Jetzt erst bringe die Vorlage die Erfüllung einer damaligen Forderung. Man solle deshalb die Vorlage verabschieden und nicht erst auf die Vorlage des allgemeinen Beamtenrechtes warten.

Abg. Welfotte (Z.) ist der Ansicht, daß durch die Vorlage die Disziplin, die in den letzten Jahren sehr gelitten habe, wieder hergestellt werden müsse. Deshalb muß auch die Strafverfahren beibehalten werden. Die Hoffnung der Organisationen, daß durch eine Zurückziehung der Vorlage größere Vorteile herausgeholt werden, sei unbegründet.

Abg. Harmann (Dnat. Sp.) rechnet Schiele als „Verdienst“ an, diesen Entwurf vorgelegt zu haben. Er wünscht Auskunft darüber, wer bei den einzelnen Reichsbehörden Dienstvorgesetzter mit Strafverfolgung gegenüber geäußerten Wünschen auf die Einführung von Strafverfahren und Bewährungsaufsicht bezeichnen er diese Maßnahmen als zweckmäßig.

Ministerialdirektor Dr. Bredt erklärt zum Schluß, daß die Vorlage zunächst nur für Reichsbeamte gese. Nach ihrer Fertigstellung werde das Kabinett auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse ein Reichsrahmengesetz vorlegen, das die grundsätzlichen Bestimmungen für die Reichsbeamten auf die Beamten der Länder und Gemeinden übertragen soll.

Am Mittwoch beendete der Ausschuh die Generaldebatte und trat in die Spezialdebatte ein.

Finanzkrise und Politik in Belgien.

137 statt 20 Franken für ein Pfund.

Brüssel, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Der belgische Franken sinkt seit einigen Tagen wieder stark. Er erreichte am Mittwoch seinen bisherigen Tiefstand mit 137 Franken für das englische Pfund. Die Hauptursache ist, daß die Anleiheverhandlungen mit den englisch-amerikanischen Bankiers nicht von der Stelle kommen oder richtiger, bis zur Notifizierung der belgischen Schuldentregulierung im Washingtoner Staat überhaupt unterbrochen sind. Für die Regierung wird die Lage dadurch außerordentlich erschwert, daß die ausländischen Anleihegeber außerdem noch fordern, zunächst die schwebende Schuld Belgiens mit Hilfe der belgischen Banken zu konsolidieren. Dadurch gewinnt der Einfluß der belgischen Finanz auf den belgischen Staat beinahe den Charakter einer Diktatur und trägt stark zur Verschärfung der schon gespannten politischen Lage bei.

England erhebt keine Einwendungen.

Die deutsch-russischen Verhandlungen vor dem Unterhaud.

London, 21. April. (W.F.) Auf die Anfrage eines Unterhausmitgliedes, ob die Auffassung der englischen Regierung über den geplanten deutsch-russischen Vertrag den anderen Vorkontrahenten auf dem üblichen diplomatischen Wege mitgeteilt worden sei und ob das Haus über diese Auffassung unterrichtet werden würde, erklärte Chamberlain, der erste Teil der Frage sei zu bejahen. Er fügte hinzu, dem Vernehmen nach sei ein Vertrag noch nicht abgeschlossen und er kenne keine der Bestimmungen im Wortlaut. Die deutsche Regierung habe jedoch die Zusage gegeben, daß der Vertrag nichts enthalten würde, was mit dem Völkerbundsstatut oder den Vorkontrahenten im Widerspruch stünde. Indem er diese Zusicherungen entgegennehme und annehme, daß der endgültige Vertragstext ihnen vollkommen entsprechen werde, sehe er keinen Grund, Einwendungen zu erheben.

England hat freie Hand in der Ratfrage.

London, 21. April. (W.F.) Im Oberhaus erklärte Lord Robert Cecil über die den englischen Vertretern in der Studienkommission des Völkerbundes zu erteilenden Instruktionen, die Vertreter Englands würden vollkommen frei von allen Verpflichtungen oder Erklärungen sein, die England vorher in der Frage der Aufnahme einer Macht in den Völkerbundstatut abgegeben habe. In dessen Wunsch die englische Regierung den möglichst baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und in den Völkerbundsstatut.

Unterhauddebatte über die Befähigungsfristen.

London, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Chamberlain erklärte auf eine Unterhausanfrage, daß es falsch sei, die vor der Genfer Märztagung abgegebene Erklärung der Botschafterkonferenz so aufzulösen, als ob sie erklärt habe, Deutschland hätte seine Abrüstungsverpflichtungen erfüllt.

Die Botschafterkonferenz habe nur festgestellt, daß Deutschland Garantien für die Durchführung der Entwaffnungspflichten zu bieten scheine.

Auf weitere Fragen erwiderte Chamberlain, sie schienen ihm in einem sehr ungünstigen Zeitpunkt gestellt und nicht geeignet, den von den Fragestellern erstrebten Zweck zu fördern.

Botschafterbesprechungen in Paris.

Paris, 21. April. (W.F.) Briand hat Mittwoch nachmittag den russischen Botschafter Kozlovski empfangen, um mit ihm über den deutsch-russischen Vertrag zu konferieren. Im späteren Verlaufe des Nachmittags sprach der rumänische Botschafter am Quai d'Orsay vor. Diese Aussprache bezog sich, wie von ausländischer Seite mitgeteilt wird, gleichfalls auf den deutsch-russischen Vertrag.

Benesch über die richtigen Schlussfolgerungen seiner falschen Voraussetzungen.

Prag, 21. April. (W.F.) Zu den Kommentaren der Berliner Abendblätter über den Fragebogen des tschechischen Ministers des Auswärtigen Dr. Benesch in der Angelegenheit der deutsch-russischen Vertragsverhandlungen schreibt die „Prager Presse“ von heute, Donnerstag morgen:

„Zu den Meinungen der Berliner Blätter halten wir es für geboten, festzustellen, daß diese einerseits auf Mißverständnissen, andererseits auf einer völlig unrichtigen Auslegung des Schrittes des tschechischen Ministeriums des Auswärtigen beruhen. Es ist selbstverständlich, daß das tschechische Ministerium des Auswärtigen nur zu solchen Informationen Stellung nehmen kann, die es tatsächlich erhalten hat.“

Wenn diese Informationen der Wirklichkeit nicht entsprechen sollten, ist es überflüssig, sich über die daraus gezogenen Schlussfolgerungen zu beunruhigen, die die Tschechoslowakei in Form eines Rechtsgutachtens ausgesprochen hat. Denn mit der Grundlage entfallen auch die daraus gezogenen Urteile von selbst.

Die Angelegenheit wird übrigens erst dann vollständig beurteilt werden können, wenn der Text des Vertrages selbst bekanntgemacht ist. Die Tschechoslowakei hat ihren Standpunkt als Antwort auf eine Anfrage bekanntgegeben, wobei ausdrücklich betont wurde, daß eine neue Krise im Völkerbunde herbeigerufen werden würde, falls die Informationen auf Wahrheit beruhen sollten.

Die Tschechoslowakei hat daher in dem Bestreben gehandelt, einer Krise vorzubeugen und damit auch im Interesse Deutschlands und der übrigen Staaten. Die Tschechoslowakei, die vor allem als Ratsmitglied des Völkerbundes handelte, vermag auch nicht zu betonen, daß ein endgültiger Standpunkt erst nach der Bekanntgabe des Textes des deutsch-russischen Vertrages angenommen werden könne.“

Um die Marokkoverhandlungen.

Weitergang der Vorbereitungen.

Paris, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Friedenskonferenz zwischen Frankreich-Spanien und dem Rif ist nach den letzten Meinungen aus Udscha von den drei Delegationen für Mittwoch nachmittag 5 Uhr in einem auf halbem Wege zwischen Laurier und Udscha gelegenen Orte der Alim beschloffen worden. Dieser Beschluß ist auf das Eintreffen der Antwort Abd el Krims bei den in Udscha verbliebenen Rifdelegierten hin erfolgt.

Der Sonderkorrespondent des „Temps“ in Udscha glaubt mitteilen zu können, daß die Rifdelegation nunmehr bereit sei, die anfangs von ihr schroff abgelehnte sofortige Belegung einiger strategisch wichtiger Punkte als territoriale Pfänder durch die französischen und spanischen Streitkräfte zu erörtern. In der Frage der von Frankreich und Spanien geforderten sofortigen Auslieferung der Gefangenen werde die Rifdelegation auf ihrer Ablehnung bestehen, jedoch eine Erleichterung in der Gefangenenerziehung während der Dauer der Verhandlungen durch Zulassung des roten Kreuzes vorschlagen.

In den Kreisen der Delegationen soll man sich im allgemeinen ziemlich optimistisch über den Ausgang der Verhandlungen zeigen und hofft angeblich, von den Bevollmächtigten Abd el Krims ausreichende Sicherheiten zu erlangen, um die offiziellen Friedensverhandlungen in Udscha beginnen zu können.

Deutscherverhaftung in Paris.

Karlsruhe, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Wie der „Badischen Presse“ von ihrem Pariser Vertreter gemeldet wird, wurde der verhaftete badische Landrat Schauble Mittwoch nachmittag auf freien Fuß gesetzt, nachdem die Deutsche Botschaft von seiner Verhaftung Kenntnis erhalten und sich seiner Sache angenommen hatte. Die Deutsche Botschaft konnte sehr leicht eine Aufklärung dahin herbeiführen, daß die Festnahme auf einem Mißverständnis beruht. Schauble ist nach seiner Freilassung sofort nach Karlsruhe zurückgekehrt. Ueber die Ursachen der Verhaftung ist bis jetzt keinerlei Aufklärung erfolgt. (Die Annahme, daß Schauble auf der Liste der sogenannten Kriegsverbrecher stand, trifft nicht zu. D. Red.)

Gewerkschaftsbewegung

Bestechungswesen bei der Reichsbahn.

Seine vergebliche Bekämpfung durch Verpflichtungsscheine.

Man schreibt uns: Der Riesenbetrugsandal im Direktionsbezirk Frankfurt a. d. Ober, an dem rund 60 Beamte im Verdacht der passiven Bestechung, der Untreue und Beihilfe zum Betrug und zur Unterschlagung stehen, zeigt seine Wirkungen auf die Reichsbahnverwaltungen.

Generaldirektor Deser, der bereits im August 1924 durch ein Schreiben des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe darauf hingewiesen worden war, daß zum Nachteil des Staates Riesengewinne durch Zahlung von Ueberpreisen von Lieferanten eingestrichelt wurden, suchte dem Standal in Zukunft dadurch den Garaus zu machen, indem er unter dem 9. April 1926 eine Verfügung an die Gruppenverwaltung Bayern in München, sämtliche Reichsbahndirektionen und das Eisenbahn-Zentralamt in Berlin II herausgab. Sie besagt, daß zur Bekämpfung des Bestechungswesens die Einführung eines Verpflichtungsscheines bei Vergebung von Leistungen und Lieferungen vereinbart wird, worin die betreffende Firma sich verpflichten muß, Beamten, Angestellten, Arbeitern und sonstigen Dritten keine Geschenke oder andere Vorteile irgendwelcher Art im Sinne der §§ 331 bis 333 des Strafgesetzbuches oder des § 12 gegen den unlauteren Wettbewerb zu gewähren, zu versprechen oder anzubieten. Für einzelne Firmen, die laufend mit Aufträgen bedacht, oder sofern es sich um bekannte, zuverlässige Firmen handelt, bei denen „nach der Ueberzeugung der vergebenden Stellen“ Handlungen der gedachten Art ausgeschlossen erscheinen, wird für alle Aufträge eine einmal im Jahre abgegebene Verpflichtungserklärung genügen.

Soweit ganz gut und schön.

Glaubt aber Herr Deser, daß die Unternehmer durch die unter Ziffer 3 des Verpflichtungsscheines festgesetzte Vertragsstrafe, nämlich den zwanzigfachen Betrag der gewährten, versprochenen oder angebotenen Zuzahlung, mindestens aber 1000 Mark an den Auftraggeber zu zahlen, sich abschrecken lassen, trotzdem Leberpreise zu erzielen? Warum wird nicht unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß langfristige Verträge, z. B. auf fünf bis zehn Jahre, überhaupt nicht abgeschlossen werden dürfen? Warum wird in dieser Verfügung nicht ausgesprochen, daß beauftragten Firmen, die nachweisbar für die Eisenbahn-Ausbesserungswerte preisverteuernd wirkten und noch wirken, sofort die Aufträge entzogen werden müssen. Allein in Berlin sind es Dutzende von Firmen, die an Gleisen- und -umbauten der Bahnunterhaltung nicht nur preisverteuernd wirkten, sondern auch qualitativ nicht im geringsten an die von den ständigen Arbeitern vollführten Arbeiten heranreichen.

Ein Beispiel möge genügen: Die Firma Vinke-Hoffmann in Breslau ist vom Werk Tempelhof mit Schweißarbeiten vollumfänglich bedacht. An Preisen für Bremsgehänge für hintere Kuppelachsen verrechnet diese Firma pro Stück 45,43 Mk., 44,46 Mk. und 44,96 Mk. Im Werk Tempelhof taften dieselben Schweißarbeiten 36,10 Mk., 35,01 und 28,48 Mk. Also eine Preisüberschneidung von 13,42 Mk., 12,36 Mk. und 16,48 Mk. pro Stück. Ähnlich liegt die Preisverteuerung bei Trägern für äußere Bremsgehänge, Postersführung, Ausgleichsbelein, Druckringen für Zylinder usw.

Warum entzieht man solchen Firmen nicht sofort die Aufträge? Hat die Hauptverwaltung die Werkabteilungen tatsächlich beauftragt, nach wie vor derartige Arbeiten an Privatunternehmer abzugeben, selbst auf die Gefahr der Preisverteuerung hin? Wie rechtfertigt sich dann der fortwährende Personalabbau anfänglich der beabsichtigten Stilllegung einer Anzahl rentabel arbeitenden Abteilungen im Werk Tempelhof und Grunewald? Wird der sich zum Standal auswachsende Personalabbau oder die Verschlebung nur deswegen durchgeführt — um mit Herrn Dormüller zu reden — weil die Privatunternehmer abkaut nicht auf die gewohnten Aufträge verzichten wollen? Dann bricht auch die Begründung des Herrn Dormüller zusammen, wenn er sagt, daß alle Vorschläge für die Drosselung des Abbaues keiner Prüfung standhalten und „nur kleinlichen oder geschäftigen Motiven“ entspringen.

Wir sagen, diese „kleinlichen und geschäftigen Tendenzen“ liegen vorwiegend in den freundschaftlichen Verhältnissen einer Anzahl mittlerer und höherer Beamten mit den Privatunternehmern, die seit langen Jahren vom Einheitsverband bekämpft werden. Die Mitropa-Gesellschaft und ähnliche Unternehmungen liefern den besten Beweis für die enge Verbindung mit einer Anzahl Reichsbahnbeamten.

Will die Verwaltung ihre Betriebe rationell gestalten, dann sollte sie die Privatunternehmer endlich einmal von den Bahnunterhaltungsarbeiten ausschalten, damit die seit langen Jahren auf den Güterböden tätigen und nimmehr nach der Bahnunterhaltung abgehobenen Arbeiter vor dem sogenannten „Arbeitsunwillen“ verschont bleiben und ihr bisher ständiges Arbeitsverhältnis nicht in ein „vorübergehendes“ verwandelt wird. Den Eisenbahnern aber sei zum Schluß gesagt, Erfolge oder Mißerfolge sind nur möglich, wenn sie die zuständigen Verbandkörperschaften über alle Vorgänge laufend unterrichten und sich endlich der führenden Organisation, dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, anschließen.

Freigewerkschaftliche Angestellte Berlins!

In Ergänzung des Manifests, den wir gemeinsam mit dem Ortsausschuß Berlin des ADGB am 11. April d. J. veröffentlicht haben, machen wir in Beantwortung einiger Anfragen nochmals darauf aufmerksam, daß in den jahungsgemäß vorgesehenen Körperschaften unseres Ortskartells unter Zustimmung der Vertreter der Berliner ADGB-Gewerkschaften einmütig die würdigste Form der Markkundgebung,

die Arbeitsruhe,

befschlossen worden ist.

Alle Berliner ADGB-Funktionäre haben sich in Verbindung mit ihren Gewerkschaften mit allen Kräften für die Durchführung dieses Beschlusses einzusetzen, damit die Maidemonstration der Berliner Arbeiter und Angestellten eindrucksvoll gestaltet werden kann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin.
Platau. Reichelt.

An die Schildermeister!

Kollegen! Nachdem die Konjunktur in der Branche besser geworden ist, hat sich der Arbeitsmarkt sehr günstig für uns gestaltet. Im Arbeitsnachweis ist zeitweise kein arbeitsloser Schildermeister mehr eingetragen. Rührt deshalb Zeit und Gelegenheit, um eure Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Kein Schildermeister darf mehr unter dem Mindeststundenlohn von 1,20 M. arbeiten, und die Kollegen, die einen höheren Lohn hatten (und das war die übergroße Mehrheit), denen er aber in der letzten Zeit gekürzt worden war, müssen die Scharte wieder auswaschen und zumindest den alten Lohn wieder aufholen.

Kollegen, wenn ihr einig seid im gleichen Ziele und einig im Handeln, dann wird es dem Verein Berliner Schilderfabrikanten nicht gelingen, euren Lohn und eure Lebenshaltung herabzudrücken und euch auf Hungerrationen zu setzen. Wehrt euch gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit, haltet fest an unseren tariflichen Bestimmungen und laßt euch davon nicht das geringste nehmen. Das bisher Erreichte und die weitere Verbesserung eurer Lage ist jedoch nur durch einmütiges Handeln möglich und der Erfolg nur gewährleistet, wenn ihr alle einer Organisation angehört und organisiert seid.

Verband der Porzellanarbeiter Deutschlands,
Abteilung Schildermeister.

Mitglieder des DMB!

Ihr müßt die Branchenversammlungen besuchen!

Die Kommunisten machen die größten Anstrengungen, um sich der Branchenleitung der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu bemächtigen. Zu diesem Zwecke operieren sie mit den handgreiflichsten Lügen. So behauptet unter anderem die „Rote Fahne“, daß die Ortsverwaltung nicht entsprechend dem auf der letzten Generalversammlung gefassten Beschluß, in gewissen Abständen Erwerbslosenversammlungen abzuhalten, nachgekommen sei. Tatsächlich sind bisher nahezu 50 Erwerbslosenversammlungen abgehalten worden und weitere sind bereits festgesetzt.

Das ist nur ein Beispiel unter vielen für die bewussten Lügen, mit denen die Kommunisten arbeiten. Es braucht nicht betont zu werden, welche Gefahr für die Mitglieder des DMB heraufbeschwoeren wird, wenn es den Kommunisten gelingen sollte, sich der verschiedenen Branchenkommissionen zu bemächtigen. Sie würden zum Tummelplatz moskowitischer Demonstrationspieler werden, während die Interessen der Mitglieder völlig vernachlässigt würden. Das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder würde vollkommen ausgeschaltet werden. Schon deshalb ist es die Pflicht aller Mitglieder der Umsterbamer Richtung, überhaupt aller, die sich gegen die moskowitische Bevormundung wehren wollen, die heutigen Branchenversammlungen zu besuchen. Es finden heute folgende Versammlungen statt:

- Bauschläger: Verbandshaus, Sühnenstraße 17/18, abends 7 Uhr.
- Bauschläger: Sophienstraße, Sühnenstraße 17/18, nachm. 5 1/2 Uhr.
- Schürhölzer: Brande: Godeffroystraße, Sophienstraße 34, nachm. 5 Uhr.
- Drablarbeiter: Bollschläger, Woblerstraße 21, abends 7 Uhr.
- Elektromonteur: Rosenhäger Hof, Rosenhäger Straße 11/12, abends 7 Uhr.
- Eisenformer: Ewinemünder Gesellschaftshaus, Ewinemünder Straße 11/12, abends 7 Uhr.
- Eisenkonstruktionschloffer: Rosenhäger Hof, Rosenhäger Straße 11/12, abends 7 Uhr.
- Stavente und Zifferente: Ewalds Vereinshaus, Staliger Straße 126, nachmittags 5 Uhr.
- Gärtner: Arminiusstraße, Kommandantenstraße 38/39, nachm. 5 1/2 Uhr.
- Hilfsarbeiter: Verbandshaus, Jugendsoal, 1. Portal, 2 Treppen, abends 7 Uhr.
- Hobler, Bohrer, Stoßer: Verbandshaus, Porterre, abends 7 Uhr.
- Klempner: Rosenhäger Hof, Rosenhäger Str. 11/12, abends 7 Uhr.
- Metalldreher: Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25, Saal 3, nachmittags 5 Uhr.
- Mechaniker: Schintels Feistafe, Brückenstraße 3, abends 8 Uhr.
- Schwarzblechschloffer: Fichtkaule, Schönhauler Allee 134b, abends 7 Uhr.
- Schneidarbeiter: Verbandshaus, 1. Portal, 4 Treppen, Zimmer 25, nachmittags 5 1/2 Uhr.
- Schraubendreher: Dörings Feistafe, Rauningerstraße 27, nachm. 5 1/2 Uhr.
- Stromerzeugende Industrie: Ernst Köring, Neue Friedrichstraße 1, abends 7 Uhr.
- Werkzeugmacher: Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25, abends 7 Uhr.
- Widler: Ewinemünder Gesellschaftshaus, Keiner Saal, Ewinemünder Straße 42, abends 7 Uhr.
- Metallbrüder: Hohenlausenstraße, Kottbuser Damm 76, nachmittags 5 Uhr.

Achtung, Zimmerer!

Die Baufirma Schlüchen-Spandau ist wegen Einführung der Akkorarbeit gesperrt. Die Firma hat am 14. April alle bei ihr beschäftigten Zimmerer entlassen, weil sie es abgelehnt haben, auf dem Neubau in Spandau-West, Jeppelstraße, in Akkor zu arbeiten. Die Firma lehnt jede Verständigung ab, weil sie glaubt, in der jetzigen schweren Zeit genügend Arbeitswütige zu finden.

Zimmerer Berlins und Umgegend, 1. St. Solidarität und meldet die Firma Schlüchen-Spandau!
Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Notstreik der erwerbslosen Tabakarbeiter.

Professorenversammlung in Bünde.

Die Tabakarbeiter des östlichen Westfalens hatten am letzten Sonntag eine Kundgebung veranstaltet, die von 2000 Personen besucht war. Nach einem kurzen Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Schlüter wurde eine Entschlieung gefaßt, in der entschiedener Protest erhoben wird gegen die Art der Handhabung der Gesetzes- und der Ausführungsbestimmungen für die Unterstützung der auf Grund des Tabaksteuergesetzes erwerbslos gewordenen und im Verdienst geschädigten Tabakarbeiter.

Von den 25 000 Tabakarbeitern des östlichen Westfalens sind 80 Proz. durch die Wirkung der Abgabenerhöhung auf Grund des Tabaksteuergesetzes erwerbslos und dadurch in Elend und Not geraten. Trotzdem die Bedürftigkeitsprüfung für den Unterstützungsbezug der erwerbslosen Tabakarbeiter durch dieses

Gesetz ausgeschlossen und jeder Fall von Erwerbslosigkeit im Sinne der Erwerbslosenfürsorge zu behandeln ist, wird den Tabakarbeitern die Unterstützung verweigert, wenn schon zwei Unterstützungsempfänger in der Familie vorhanden sind. Frauen werden immer noch zurückgewiesen, wenn sie im Monat keinen Verdienst von 45 M. gehabt haben.

Erwerbslose und Kurzarbeiter, deren Anträge auf Unterstützung wegen Nichtbedürftigkeit nicht aufgenommen wurden, denen aber die Unterstützung ab 15. Januar 1926 zusteht, werden auch jetzt noch abgewiesen.

Die Gemeinden mit Tabakindustrie sind durchweg arme Gemeinden. Dieselben sind nicht in der Lage, die Unterstützungssummen aufzubringen. Die Erwerbslosigkeit ist eine Folge der steuer- und sozialpolitischen Eingriffe des Staates in das Tabakgewerbe. Pflicht des Staates wäre es deshalb, diesen Gemeinden die besonderen Ausgaben für die Unterstützung der Tabakarbeiter zu ersetzen.

Viele Tabakarbeiter haben bis heute noch nicht ihre Unterstützung erlangen können, weil kein Geld vorhanden war. Ein solcher Zustand ist in einem geordneten Staatswesen und angelehnt der Not der Tabakarbeiter unhaltbar.

Auf Grund des Art. III des Tabaksteuergesetzes sollen hart mitgenommene Gemeinden Zuschüsse aus Reichsmitteln erhalten. Bis jetzt ist aber jeder Zuschuß abgelehnt. Trotz der großen Not in den Familien wird den erwerbslosen Tabakarbeitern unter 18 Jahren keine Unterstützung gezahlt.

Ein ganzer Berufsstand, dessen Berufskrankheit die Tuberkulose ist, wird hier systematisch durch Beugung von Gesetz und Recht zugrunde gerichtet.

Die Tabakarbeiter rufen in ihrer Not die Regierung und den Reichstag um Hilfe an und fordern:

1. daß jedem arbeitslosen Tabakarbeiter entsprechend des Art. III des Tabaksteuergesetzes die Unterstützung gezahlt wird;
2. die Erwerbslosenunterstützung ist auch den Tabakarbeitern unter 18 Jahren zu zahlen;
3. daß die rückständige Unterstützung endlich zur Auszahlung gelangt;
4. daß zu diesem Zwecke den Gemeinden die für die Unterstützung der Tabakarbeiter gezahlten Sonderausgaben aus Reichsmitteln auf Grund des Tabaksteuergesetzes ersetzt werden;
5. daß das Reich besondere Mittel aus den Erträgen der Tabaksteuer zur Unterstützung der tuberkulösen und unterernährten Tabakarbeiter zur Verfügung stellt;
6. daß vom Reich Zuschüsse zur Behebung der Wohnnot der Tabakarbeiter zur Verfügung gestellt werden.

Das internationale Arbeitsamt.

Genf, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Die erste diesjährige öffentliche Sitzung des Verwaltungsrats wurde mit einem Aufruf auf den verstorbenen Arbeitgebervertreter Robert Pinow eröffnet. Die Konferenz überwiegt dann ein Schreiben des internationalen Christlichen Gewerkschaftsbundes, in dem eine Vertretung im Verwaltungsrat und in den Kommissionen des Internationalen Arbeitsamts gefordert wird, an die Geschäftsordnungs-Kommission.

Anschließend folgte die Beratung des Geschäftsberichts. Aus ihm ist zu entnehmen, daß die Zahl der Ratifikationen von internationalen Konventionen auf 194, die von bevollmächtigten Ratifikationen auf 34 und der von Parlamenten empfohlenen Ratifikationen auf 125 gestiegen ist. In dem Bericht über die Arbeitsministerkonferenz in London wird von der großen Bedeutung gesprochen, und gesagt, daß sie für eine beschleunigte Ratifikation der Arbeitskonventionen in Frankreich, Belgien, Deutschland und England von entscheidendem Einfluß sein dürfte. In Arbeitnehmerkreisen des Verwaltungsrats beurteilt man das Ergebnis allerdings nicht so optimistisch. Es ist zu erwarten, daß dieser Einbruch in der am Freitag beginnenden Debatte zum Ausdruck kommen wird.

Aus dem Verwaltungsbericht ergibt sich ferner, daß die Untersuchungen über die Arbeitslosenfrage, die gewerkschaftliche Freiheit, die Familien- und die Minimallöhne vor dem Abschluß stehen und ihr Ergebnis bald veröffentlicht wird. Mit der Untersuchung über die Lage in der Kohlenindustrie hofft das Amt bis zum September fertig zu werden.

Die in der Nachmittagsitzung erfolgte allgemeine Aussprache über das Budget wurde vertraulich behandelt. Es wurden u. a. einige neue grundsätzliche Gesichtspunkte erörtert, die mit dem erhöhten Beitrag Deutschlands und dessen Forderung auf Vermehrung der deutschen Beamten im Zusammenhang stehen. Es verlangt, daß in allen Punkten eine Verständigung erzielt wurde.

Die Verhandlungen im englischen Bergbau.

Ministerpräsident Baldwin hatte gestern eine Besprechung mit den Vertretern der Kohlenbergwerksbesitzer. Heute finden die entscheidenden Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und denen der Unternehmer über das nationale Lohnabkommen statt, das die Grundlinien der von den Grubenbesitzern gewünschten örtlichen Lohnabkommen festlegen soll.

Freie Gewerkschaftsjugend.

Genf, Donnerstag, 19. April. In den Gruppen: **Konkurrenz** (Genf): Jugendheim Rigerer Str. 104. **Wir beuden die Arbeiter-Jugendgruppe**. — **Städtische**: Jugendheim Vorhaus 10. **Reichsbund**: Arbeitervereine. — **Arbeitervereine**: „Arbeitervereine“ (Genf). — **Arbeiter**: Jugendheim Grunewald Str. 2. **Unterstützung**: Jugendheim Grunewald Str. 46. **Theodor-Konrad-Abend**. — **Arbeiter**: Jugendheim Grunewald Str. 66. **Vertrag**: „Das Sexualproblem“. — **Gewerkschaften**: Jugendheim Grunewald Str. 2. **Ausführungsabend** über die Zeitschrift „Arbeiter“. — **Spandauer**: Jugendheim Lindenauer 1. **Vertrag**: „Von den Gewerkschaften zum Sozialismus“.

Jugendgruppe des ADGB. Genf, Donnerstag, 19. April. Finden folgende Veranstaltungen statt: **Ersttag**: Jugendheim Grunewald, 34 (Rindermarkt). **Vertrag**: „Arbeiter und die soziale Arbeit“. — **Genossenschaft**: Jugendheim Lindenauer Str. 34 (Ede Sandbühl). **Vertrag**: „Internationale Jugendbewegung“.

Verband der Gewerkschaften und Gewerkschaften, Willele Str. 104. **Vertrag**: V. Spandauer und Rindermarkt. **Freitag**, 6 Uhr, im Saal des Reichsbundes Johannstraße 1413. **Vertrag**: Delegierten-Versammlung der Bezirks 1-20.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Ernst Guter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Religion: A. S. Böcker; Soziales und Genossenschaft: Augustin; Arbeiter: H. Gieseler; Politisch in Berlin: Veritas; Bernheim-Verlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Bernheim-Verlag; Verlags- und Vertriebsstelle: Post-Office, Berlin SW 19, Lindenstraße 1, Stiege 2, Telefon 2 und „Unterhaltung und Wissen“.

ZÄHNE ohne Gaumen von 3 Mark an. mit Kautschukplatte 1 u. 2 Mark. — Teilzahlung gestattet. 3 Jahre weitgehende Garantie. Zahnziehen bei Bestellung gratis. **Hatvani** Danziger Straße 1 — Zimmerstraße 86 **Luisenstr. 27 / Charlitzg., Schlüterstr. 73**



Ein Hochgenuß für wenig Geld

ist in des Wortes wahrster Bedeutung ein delikater Oetker-Pudding. Einfach und leicht mit nach Belieben mit einem Ei hergestellt, kostet der fertige Pudding nur ca. 33 Pfennig und ist ausreichend für 3-6 Personen. — Angereichert mit Himbeersaft oder mit frischen oder eingemachten Früchten ist ein Oetker-Pudding eine wertvolle Ergänzung jedes Mittag- oder Abendtisches, so daß leicht an anderer Stelle gespart werden kann.

In allen einschlägigen Geschäften nur in Originalpackung (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetker's Weiskopf“ zu haben. Verlangen Sie ebendasselbe die beliebten Oetker-Rezeptbücher, wenn vergriffen, unentgeltlich und portofrei von

Dr. A. Oetker, Bielefeld

Im Berliner Hausfrauen-Verein kommt Dr. Oetker's Puddingpulver zur Verwendung.

Kinderwagenpredigt.



wie hier mit Händen, die vielleicht nicht mal zu Haus frisch gewaschen waren, zwei, drei Kinder nacheinander gestreichelt werden, wie das Spielzeug anderer Kinder, das nach Kinderart immer in den Mund wandert, von der lieben Nachbarin in die Hand genommen wird oder, wie es auch, unter ermunternden Worten der Mütter (na, schenk' dem Brüderchen, schenk'!), von Wagen zu Wagen wandert. Aber was soll denn das Schanden? Doch eines Tages erkrankt das Kind einer ganz gesunden Familie an Tuberkulose, oder es erkrankt an Diphtherie; als Quelle der Ansteckung wird endlich festgestellt, daß eine freundliche Bannnachbarin das Kind infiziert hat. Diese Fälle ließen sich beliebig vermehren. Gerade Säuglinge sind für einige Arten der Ansteckung sehr empfänglich, und es kommt vor, daß in einem Säuglingsheim 10 bis 15 Kinder erkranken, nur, weil ein Angehöriger eines Kindes vorwärtsmüdigerweise trotz eines leichten Schnupfens das Heim besucht. Bei den Kindern aber wird der „leichte Schnupfen“ dann zu einer oft lebensgefährlichen Erkrankung. Und nun überlege sich einmal jede Mutter: Was weiß sie in Wahrheit von dem Gesundheitszustand der lieben „Bannnachbarin“, von der Gesundheit des fremden Kindes, mit dem ihr Kleinkind lächelnd das Spielzeug tauscht? Was weiß sie von der persönlichen Sauberkeit, was von dem Zustande der Wohnung der Fremden? Ach, diese freundliche Cleblosung hat schon mehr als einem Kinde langwierige Krankheit, wenn nicht gar Schlimmeres eingetragen. Darum sollten alle Mütter es sich zum Geheiß machen: Nie einem Fremden das Berühren ihres Säuglings oder Kleinkindes zu gestatten! Gewiß, eine Mutter, die hierin konsequent ist, wird bald als unfreundlich verschrien sein; aber lieber mag sie diesen schlechten Ruf, als ihr Kind durch ihre „Freundlichkeit“ wochenlange Krankheit ertragen.



wie bei den Kindern des Proletariats. Sie haben gesündere Wohnräume, sie müssen nicht den übrigen Teil ihres Tages in feuchten, sonnenlosen, überfüllten Räumen zubringen. „Kampf der Racht!“ ist ein Feldruf der Reichsgesundheitswoche. Zwei der besten Kampfgesellen gegen diese tödliche Krankheit sind Luft und Sonne. Sie sind sicher die billigsten. Geht es gar nicht anders, kann Mutter ja eine Flisarbeit oder die zerrissenen Strümpfe zum Ausbessern mit in den Park nehmen. Aber sie soll nicht triumphierend der Nachbarin erzählen: „Unsern Buschel, den wickte ich immer, wenn wir ausfahren, so warm ein, der dampft richtig, wenn ich 'n aus 'n Wagen nehme! Das Kopftissen hat er ganz nach geschmeckt!“ — Und triumphierend hält sie das „Paradekissen“ hin, auf dem das arme rachtische Köpfchen allerdings einen großen Schweißklotz hinterlassen hat. Sie soll sich merken: Ein Kinderwagen braucht keine andere, als die hier als richtig beschriebene Ausstattung, und sie tut ihrem Kinde den größten Dienst, wenn sie es, so bald als möglich, Luft- und Sonnenbäder nehmen läßt. Es braucht dazu nicht der Hochsommer abgewartet zu werden. In diesen Uebergangstagen kann ja noch ein leichtes Kleidchen dabei anbehalten werden, Bollmützen und Federbett aber sollen schleunigst verschwinden!

„Babies gibt es viele; wann der Frühling kommt, dann kommen sie raus.“ So begann Robert Johannes einen der „Aufsätze eines ostpreussischen Volksschülers“. Ja, Babys gibt es viele, und in diesen sonnigen Frühlingstagen stehen alle Parkanlagen mit einemmal voller Kinderwagen, es ist eine wahre Invasion, wie ein neuer Kinderkreuzzug der Kleinsten und Jüngsten gegen den Winter, den Hiegrim, den man endlich bezwungen hat. Und die Mütter, die stolz dieses Heer ins Feld führen, sitzen auf den Parkbänken, nicken sich strolchend zu, erneuern alte oder schließen neue „Bekanntschäften“. Soweit wäre alles gut und schön. Aber — aber.

Auch etwas für die Gesundheitswoche.
„Guten Tag, Frau Kaminski, guten Tag, Frau Barth — na, wie geht's denn.“ „Guten Tag, mein Püppchen, schenk' der Tante Händchen — heute steht sie schon nicht mehr so bloß aus, Frau Kaminski, die erholt sich schnell, sollen Sie sehn; guten Tag, mein süßer Strohal, was hast du denn da? Zeig' doch mal den bunten Mann her! Na, schenk' — wie schlau er schon ist, Frau Barth! Und was das Kind für die Bäckchen hat!“ — Und liebevoll stopft die „gute Tante“ dem Kind die Bäckchen. — Das ist eine kleine Szene, die wir alle Tage in jedem beliebigen Park beobachten können. Die „Bannnachbarin“ kommt; auch sie schließt einen Kinderwagen und sie schüttelt zur Begrüßung nicht nur jeder der anderen Mütter die Hand, sie betastet auch die beiden Kinder der anderen Frauen, und wenn die noch zu klein sind, um aufrecht zu sitzen und Händchen zu geben, dann hängt sie mindestens ihre Nase bogutachtend über das kleine Köpfchen da im Wagen. Jedem Menschen, der ein wenig von Säuglingspflege versteht, empört sich das Herz, wenn er sieht,

Falsche Fürsorge.
Was hier durch zu große Sorglosigkeit gebündelt wird, geschieht an anderer Stelle durch zu große Sorgfalt. Wie sieht so ein normaler Kinderwagen aus? Zuerst mal liegt ein schönes Federkissen unten drin, „damit das Kind warm liegt“. Unter dem Köpfchen liegt, die mit Federn gestopft, das „Paradekissen“, mit Einfaß oder Handstickerei kunstvoll verziert. Dann liegt das Kleine unter einem dicken Federbett; wenn das Kind nicht gerade liegt, ist das bis zur Nase herausgezogen. Oben drüber liegt die bunte Steppdecke. Das Federbett ist hochgeschlagen, vom oberen Rand wölbt eine breite Spitze, bei den kleinsten reichen die doppelten Gardinen bis auf die Steppdecke. Und fabelhaft schöne Seidenkissen rechts und links krönen den ganzen Aufbau. Ueberschrift: „Das Kind wird an die Luft geführt.“ Dem nachdenklichen Betrachter will es manchmal scheinen, als sei das Kind das nebensächlichste bei der ganzen Paradepracht. Aber so ist es sicher nicht gemeint! Unsere Proletariermütter wollen nur am Kinderwagen alles ebenso schön haben, wie die feinen Leute“. Denn es läßt sich nicht abtun: Beim Kinderwagen scheint oft selbst die Vernunft der im Privatdienst stehenden Säuglingschwestern aufzuhören. Sie müssen hier wohl auch der mütterlichen Eitelkeit Konzessionen machen. Zwar haben sie im Kursus gelernt, daß ein Kind nicht auf Federn liegen, besonders kein Federkissen haben soll, daß eine Wolldecke und höchstens ein kleines Federkissen zur Bedeckung der Füße genügen; im Kinderwagen aber sind die von ihnen betreuten Kinder genau so eingepackt, wie die ganz gewöhnlichen, nur von ihren Müttern gepflegten Kinder des Mittelstandes oder des Proletariats. Nur daß das Paradekissen noch schöner gestickt, die Decke hier öfter ein weiches, lockiges Angorawolle ist — aber das schließt doch luftdichter als die einfache Steppdecke. Nun, bei diesen Kindern hat die Abschließung von frischer Luft während der Ausfahrt nicht die schlimmen Folgen

Famile unter den Zedern.
Von Henri Bordeaux.
(Berechtigte Uebersetzung von A. Kunde.)
Im Lande Akka.
Ich hätte, wenn ich mein Recht als Bräutigam geltend machte, der Führer der Expedition sein müssen. Famile war mir versprochen. Famile gehörte mir sowohl durch ihre Zusage wie jene ihres Vaters. Aber sie hatte die ihre zurückgenommen. Die Empfindungen, unter denen ich litt, gaben mir weder die nötige innere Freiheit, noch die Kraft, die ich als Führer der Unternehmung gebraucht hätte. Die Schmach, die durch die Weineidige meinem Glauben, meiner Rasse, wie mir selbst zugesagt worden war, hatte mich nicht von ihr befreit. Zudem erkannte ich in ihr jene gleiche Kraft der Liebe, die mich selbst ihr unterwarf. Ihre freute Leidenschaft schuf zwischen uns, was der Zeit unseres Brautstandes nicht gelungen war, ein Band der Seele und des Fleisches. Sie begehrte wie ich; sie gab sich hin wie ich; aber ein anderer war es, der sich ihrer bemächtigte, wie sie selbst über mein Leben herrschte. Wir waren einander gleich und ich verlor sie. Weit entfernt davon, sie zu hassen, verstand ich sie und war der einzige, der sie zu verstehen fähig war. Es erschreckte mich sogar, daß ich sie so schutzlos mußte, dieser Liebesmacht preisgegeben, welche uns mitreißt wie die Stromflut eine Pflanze. Was sollte im fremden Land bei diesem Unbekannten mit ihr werden? Denn für sie wie für mich war Omar ein Unbekannter. Ich wollte nicht aufhören, über sie zu wachen. Und ich sah sie wieder vor mir, wie sie mir die Hände küßte, als wollte sie damit meinen Schutz erbitten. Ich besagte sie, daß sie liebte, weil ich selbst liebte.
Inzwischen traf Butros eilige Vorbereitungen zum Aufbruch.
„Du nimmst die graue Stute meines Vaters, das ist das beste Pferd von ganz Becherre. Ich reite den Fuchs, den „He“ uns dagelassen haben. Und ich nehme nur meinen Diener Elias mit.“
„Wie“, rief ich, „nur Elias, während ihr Besolge 15 oder 30 Mann stark ist. Wir werden uns in keinen Kampf mit ihnen einlassen können.“
Mein Kamerad sah mich erstaunt an.
„Wer spricht von Kampf?“
„Wir müssen ihnen Famile entreißen.“
„Das werden wir nicht mit Gewalt tun. Ganz Akka ist mohammedanisch.“

„Auf mohammedanischem Gebiet sind sie noch nicht.“
„Aber unsere Pferde sind sehr schnell.“
„Hinken ihre vielleicht?“
Sie hatten in der Tat einen mehrstündigen Vorsprung voraus. Bergelich machte ich geltend, daß sie in der Nacht nur langsam vorwärts gekommen waren. Die im August noch früh hereinbrechende Morgendämmerung hatte das Tageslicht zu ihrem Bundesgenossen gemacht. Ethen hatten sie erreicht, waren längst darüber hinaus und in Sicherheit, dank der bedauernswerten Eifersüchtelien, welche damals die maronitischen Dörfer zum Vorteil ihrer Feinde entzweit. Butros entwarf seinen Plan. Wir wollten nun eine Retrospektive vornehmen, um den Aufenthalt Familes festzustellen; dabei mußten wir vermeiden, irgendwelche Aufmerksamkeit auf uns zu richten. Später wollten wir wiederkommen. Wir konnten das junge Mädchen nur mit List entführen und dazu waren Vorbereitungen nötig.
„Später!“ wiederholte ich niedergeschlagen.
Butros ahnte, welche Dual dieses „später“ für mich bedeutete; aber er hatte nur sein Ziel im Auge.
„Das Unglück“, sagte er, „ist jetzt bereits geschehen.“
Nein; das war es nicht; wir konnten sie unterwegs einholen, wenn sie ihr Zelt für die Nacht errichteten und — um das Weib nicht zu sehr zu ermüden — darauf verzichteten, das ferne Akka in einem einzigen Ritte zu erreichen. Wenn wir uns beeilten, überraschten wir sie bei ihrer nächtlichen Rast.
Ich malte mir das Udenkbare aus: Famile in den Armen Omars, wie sie ihren weißen Leib den Zärtlichkeiten des Ungläubigen überließ. Diese Vorstellung legte meinen ganzen Körper in Flammen. Und da wurde meine Liebe zum Haß, der Dual und Tod für sie wünschte. Ich ließe Butros, meinen Bruder, an, in Eile und zu jedem Gewaltstreich aufzubringen. „Ja“, erwiderte er, „der seine Pläne immer in die Tat umsetzte: „Man kann sie immer töten.“
Seine Schwester war nicht mehr seine Schwester, er sah diese Lösung läßt ins Auge und ich wandte in der Kalerei der Eifersucht nichts dagegen ein. Er rief eilends die jungen Leute seiner Schar zusammen, jene, die er bei der Jagd und beim „dabte“ anführte. Aber das nahm Zeit in Anspruch, unsere Feinde gewannen einen noch größeren Vorsprung und die Chancen, sie einzuholen, verringerten sich. Nur eine nächtliche Ueberrumpfung konnte uns noch Erfolg bringen. Wurde ich nicht in den Augen des ganzen Dorfes ein Gegenstand des

Spottes? Meine Braut hatte mich aufgegeben, um mit einem Wuselmann zu fliehen; etwas Derartiges hatte noch niemand erlebt, noch keine Tochter Becherres hatte sich dieser dreifachen Treulosigkeit schuldig gemacht; uns traf alle beide die nämliche Verachtung — die öffentliche Meinung ist stets ungerecht — und das brachte uns einander nahe, sie und mich. Ich empfand dies keineswegs als eine Bitternis und freute mich vielleicht sogar im geheimen, mit Famile etwas Gemeinsames zu haben, wenn auch nur die Mißachtung der anderen.
Wir brachen also mit viel kriegerischem Getöse auf, als ob wir einen Kreuzzug antreten wollten. Aber ich wußte, daß bei uns jeder Aufbruch geräuschvoll vor sich geht.
Butros ritt auf seinem Fuchs, den Omar Salma nannte, an der Spitze der Truppe. Ich folgte ihm und drängte ihn unaufhörlich, das Tempo zu beschleunigen. Unsere Pferde waren schneller als die anderen und immer häufiger mußten wir ihren Eifer zügeln, um unsere Kameraden herantommen zu lassen. Ich bedauerte bereits, sie um ihre Hilfe gebeten zu haben. War es nicht besser, wenn ich mit Butros allein aufgebroschen wäre und wir von ferne auf die Entführer nötigenfalls geschossen hätten? Ich schätzte das Leben nicht mehr und Butros hätte sich auch aus der schwierigsten Lage zu retten gewußt. Nach dem Befehl des Scheichs Raschid-el-Hame sollten und durften wir uns allerdings auf mohammedanischem Gebiet in keinen Kampf einlassen. Ruhte ich aber nicht damit rechnen, daß Butros in seiner Wildheit dieser Anordnung zuwiderhandeln würde?
Vom Gipfel des Kornei-es-Suaba, den wir erreicht haben, sehen Sie die ganze Gegend, die wir bei unserer Verfolgung durchheilen. Sie haben, wenn seine Früchte gepflückt sind, das bei Tripolis zurückweichende Meer vor sich, das sich in der Bucht von Akka behaglich ausbreitet. Von den fruchtbaren Ebenen, welche diese unsäumen, lassen Sie Ihre Blicke zu den terrassenförmigen Hügeln aufwärts schweifen. Zwischen ihnen und dem Libanon sehen Sie steinige Hänge mit flachen Plateaus. Gürtel von fruchtbaren Tälern umschließen enge Schluchten, in deren Tiefen sich Wasserläufe hinstängeln. Beachten Sie, wie die Farben wechseln, rote Felsen lösen grüne Dasen ab. Dörfer hängen Sie umsonst; diese vertriehen sich in den vom Wind geschützten Einschnitten oder verschwinden in unendlichem Grau.
Nachdem wir Ethen hinter uns hatten — dieser Flecken ist eine Art Gebirgshauptstadt — lenkte Butros Stute in einen schmalen Pfad ein, welcher einen Tannen- und Zedernwald — diese Zedern reichen an unsere nicht heran — durchquert.
(Fortsetzung folgt.)

Der Wirrwarr der Behörden.

Der Berliner Magistrat wünscht Vereinheitlichung.

Der Berliner Städtische Nachrichten-Dienst teilt mit: Nach der dem Entwurf des Gesetzes über die Bildung der neuen Stadt Berlin beiliegenden Begründung schwebte dem Preussischen Staatsministerium vor, die örtliche Zuständigkeit der Berliner Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden in Uebereinstimmung zu bringen. Dieses Ziel ist bisher nicht restlos erreicht worden. Zum Teil lag das daran, daß bald nach der Verabschiedung des Gesetzes Bestrebungen eintraten, einzelne Ortsteile an der Reichsgrenze, wie Götzen, Gladow, Köhlhagenbrück und Schmöckwitz wieder von Berlin loszulassen. Es war verständlich, daß die in Frage kommenden Berliner Reichs- und Staatsbehörden Organisationsänderungen, die vielleicht wieder rückgängig gemacht werden mußten, ablehnend gegenüberstanden, solange nicht die Verhandlungen des Landtags über die Ausgemeinderungsanträge zum Abschluß gekommen waren. Die Bewegung „Von Berlin“ hat aber heute aufgehört, und die Forderungen von Ausgemeinderungen sind wohl nahezu verstummt. Die große Mehrheit der Bevölkerung der Berliner Außenbezirke hat eingesehen, daß sie bei der allgemein herrschenden Finanznot der Gemeinden bei Berlin und seinen großen und leistungsfähigen Werksbetrieben und Verkehrsunternehmungen mit größerer Wahrscheinlichkeit auf Befriedigung ihrer Bedürfnisse rechnen kann, als wenn ein Außenortsteil einer leistungsschwächeren Landgemeinde zugeschlagen wird. Jetzt erst wieder hat der Magistrat Berlin, um den Wohnraum einzelner Berliner Außenortsteile die allen übrigen Berlinern zugute kommende Vergünstigung, bei Vermögensprüfungen innerhalb Berlins nur die Ortsfernprechsgebühr zu zahlen, zuteil werden zu lassen, 20.000 M. für die Einbeziehung des Ortsteils Köhlhagenbrück in das Ortsfernprechsgebiet Berlin an die Oberpostdirektion gezahlt und sich bereit erklärt, weitere 165.000 M. für die Errichtung von Fernsprechermittlungsstellen in den Ortsteilen Wilhelmshagen und Schmöckwitz zuzuschließen. Bei der gegenwärtigen Rechtslage konnte die Reichspolizeiverwaltung leider nicht gezwungen werden, allen Berliner für Gespräche innerhalb Berlins nur die Ortsfernprechsgebühr zu berechnen. Es wird Sache des Reichstages sein, die völlig unzulässigen reichspolizeilichen Vorschriften schleunigst den veränderten kommunalpolitischen Verhältnissen — und das gilt nicht nur für Berlin — anzupassen. Denn auf die Dauer geht es nicht an, daß die Städte für den notwendigen Ausbau der postalliedlichen Einrichtungen Zuschüsse zahlen. Der Magistrat hat, da die Vorstellungen beim Reichspostministerium ergebnislos verlaufen sind, beim Deutschen Reichstag beantragt, in diesem Sinne an den Reichstag und die Fraktionen des Reichstages heranzutreten.

Einen anderen Wunsch des Magistrats hat dagegen die Reichspolizeiverwaltung, ohne das einer finanziellen Mitwirkung der Stadt Berlin bedürftig wäre, erfüllt. Sämtliche Postanstalten erhalten in Zukunft die Zulagsbezeichnung „Berlin“. Die Zulage „Bannseebahn“ bei Nikolassee und „Havel“ bei Gatow, Gladow und Heiligensee fallen fort.

Gerne hat der Magistrat angeregt, die Bezirke der einzelnen Volkswärter in der Weise abzugrenzen, daß sie mit den städtischen Verwaltungsbezirken zusammenfallen. An Stelle der unklaren irtüßenden Bezeichnungen, wie z. B. „Berlin B.“ usw., sollen die Volkswärter in Ab-Berlin mit dem Namen des in Frage kommenden Verwaltungsbezirks unter Voraussetzung des Wortes „Berlin“ bezeichnet werden. In den Außenbezirken wird man der Bezeichnung „Berlin“ den Namen des Ortsteils (z. B. Nikolassee, Bannsee, Köhlhagenbrück) beifügen müssen. Kommunalspolitisch ist heute Berlin D. der Verwaltungsbezirk Köpenick und zu Berlin N. gehören die Verwaltungsbezirke Pantow und Reinickendorf. Der Berliner wird sich, wie an so vielen anderen, auch sehr schnell daran gewöhnen, daß nicht nur sein städtisches Bezirksamt „Kreuzberg“ genannt wird, sondern auch sein Volkswärter „Berlin-Kreuzberg“ oder „Berlin-Kreuzberg 7“ und sein Standesamt „Berlin-Kreuzberg“, sein Finanzamt „Kreuzberg“, sein Amtsgericht „Kreuzberg“ usw. heißen. Leider sieht diese ebenso einfache wie überflüssige Regelung auf erhebliche Schwierigkeiten. Bis es doch bisher nicht einmal gelungen, eine Anpassung der Standesamtsbezirke der Innenstadt an die Berliner Verwaltungsbezirke zu erreichen. Dieser Zustand ist für Berlin um so unerträglich, als die Standesämter von Gemeindebeamten verwaltet werden und das Ministerium des Innern beim Entwurf des Gesetzes über die Bildung der neuen Stadt Berlin selbst erklärt hat, daß der Zerpflebung auf dem Gebiete des Polizei-, Post-, Schul- usw. wesens in Berlin nunmehr Einhalt getan werden müsse. Welche Stellung der Justizminister zu dem Antrag des Magistrats, die Grenzen der Amtsgerichtsbezirke den städtischen Verwaltungsbezirksgrenzen anzupassen, eingenommen hat, ist bisher nicht bekannt. Der Magistrat Berlin wird im Interesse der Berliner Bevölkerung weiterhin das Ziel verfolgen, die örtliche Zuständigkeit aller Berliner Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden in Uebereinstimmung zu bringen — ungeachtet aller Widerstände!

Herr Stadtrat Fentzen.

Der Mann mit dem großen Beharrungsvermögen.

Die geistige Bezirksverordnetenversammlung in Pantow konnte ihre Tagesordnung nicht erledigen. In der vorigen Versammlung war ein Mißtrauensvotum gegen den Stadtrat Fentzen mit den Stimmen der Linksparteien wegen der bereits berichteten Steuerhinterziehungsangelegenheit angenommen worden. Zur allgemeinen Ueberraschung hatte Stadtrat Fentzen bei der Eröffnung der Sitzung seinen Platz auf den Bänken der Bezirksamtsmitglieder eingenommen. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, gab Genosse Jüttner folgende Erklärung ab: „Unter Bezugnahme auf den in der Bezirksversammlung vom 31. März 1926 mit dem Stimmverhältnis von 23 zu 17 bei fünf Stimmenthaltungen gefassten Beschluß, nach dem der Herr Stadtrat Fentzen das Vertrauen der Bezirksversammlung nicht mehr besitzt, ist die sozialdemokratische Fraktion gezwungen, die Mitarbeit in Sitzungen, an denen Herr Stadtrat Fentzen teilnimmt, einzustellen.“ Nach Verlesung dieser Erklärung verließ unsere Fraktion gemeinsam mit der kommunistischen den Sitzungssaal. Dem Vorsteher der Versammlung, Genossen Kramer, blieb nur übrig, angesichts der beschlußunfähigen Versammlung den Vertretersausschuß einzuberufen. Dieser beschloß, die Sitzung nicht fortzusetzen, sondern mit dem Bezirksamt zur Regelung der Angelegenheit zu verhandeln. Im Interesse der Arbeitstätigkeit der Bezirksversammlung ist dringend zu wünschen, daß der Magistrat sich dieser Sache annimmt. Es widerspricht den Grundgedanken der Selbstverwaltung, daß ein verantwortliches Bezirksamtsmitglied, dem das Vertrauen der Versammlung nicht nur durch eine Zufallsmehrheit, wegen einer offensichtlichen Verfehlung entzogen wurde, weiter amtiert. Zu welchen Mitteln greifen wohl die bürgerlichen Parteien, wenn auch nur mit einem Schein von Recht einem Sozialisten in irgendeiner verantwortlichen Stelle das Vertrauen entzogen wäre! Herr Stadtrat Fentzen, der ja Kaufmann ist, scheint den Gleichgewichtszustand im Pantower Bezirk sehr schlecht berechnet zu haben. Jedenfalls wird dieser, so lange Herr Fentzen ein so großes Beharrungsvermögen bewahrt, durchaus nicht bleiben, denn die Linksparteien in der Bezirksversammlung werden jeden Versuch einer Stützungsaktion zu verhindern wissen.

Waffenkoffervergiftungen bei der Berliner Schuppe!

Man schreibt uns: Bei der Polizei-Inspektion Berlin-Kreuzberg erhielten die informierten Polizeibeamten am Dienstagmittag Kindfleisch mit Senfkornen. Nach dem Genuß dieses Essens erkrankten etwa 120 Beamte an Darmreizungen und Durchfall. 55 Beamte mußten sich sofort in ärztliche Behandlung begeben und ein Teil davon fand Aufnahme in der Revierkrankeinstube der Polizeigruppe Süd. Damit aber nicht genug. Am Mittwoch wurde denselben Beamten aus der Gemeindefleisch Schweinefleisch verabreicht, in dem sich Waden befanden. Glücklicherweise wurde man recht bald darauf aufmerksam, so daß weitere Erkrankungen von Beamten verhindert werden konnten. An Stelle des mit Waden

Die Unterschleife des Stadtinspektors Gerhardt.

Eine Rechtfertigung des Bezirksamts Mitte.

Das Bezirksamt Mitte hat in einer Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung eingehend Bericht erstattet über die Steuerunterschlagungen des Steuerinspektors Gerhardt, die seinerzeit in der Öffentlichkeit ausgiebig behandelt wurden.

Nachdem in der Vorlage zunächst betont ist, daß die Unterschlagungen dem flüchtigen Steuerinspektor deshalb besonders leicht gemacht worden sind, weil die Steuerpflichtigen nicht, wie sie unabweislich wissen mußten, die Beträge an die Steuerkasse, sondern an Gerhardt selbst geleistet haben, wird besonders festgestellt, daß der innere Dienstbetrieb bei den Steuerverwaltungen der Bezirksämter streng nach den Anweisungen und Vorschriften der Hauptsteuerverwaltung beim Magistrat eingerichtet worden ist. Der Personalabbau hat es mit sich gebracht, daß beispielsweise die Kontrollstellen bei den Steuerverwaltungen beseitigt wurden, so daß die einzelnen Beamten die Bearbeitung, die Registratur und auch die Kontrolle in einer Hand hatten. Das war nicht bloß beim Bezirksamt Mitte so, sondern bei weiteren 13 Bezirksämtern, die ebenfalls auf Grund der Verfügungen des Magistrats zu diesen Maßnahmen gezwungen wurden. Wenn der Magistrat in seiner schriftlichen Berichterstattung an die Stadtverordnetenversammlung es jetzt so hinzustellen bestrebt, als wäre das Bezirksamt Mitte nicht die erforderliche Kontrolle vorhanden gewesen, so fällt dieser Vorwurf auf den Magistrat zurück. Die Denkschrift des Bezirksamts Mitte bezieht sich mit wünschenswerter Klarheit die verstellten Anträge des Magistrats in bezug auf das angebliche eigenmächtige Vorgehen des Bezirksamts bei der Unternehmung. Die anonyme Anzeige, die am 7. Oktober des vorigen Jahres beim Steueramt Mitte einging, ist bereits zwei Tage später an die Hauptprüfungsstelle des Magistrats mit der Bitte weitergegeben worden, die Angelegenheit zu verfolgen und in Verbindung mit dem Bezirksamt zu bleiben. Der Deputierte des Bezirksamts wurde darüber hinaus vom Bezirksamt beauftragt, die dienstliche Tätigkeit Gerhardts besonders zu beobachten und zu prüfen, ob aus den Gerhardt'schen Akten Material gegen ihn zu gewinnen sei, das zu einer Ueberführung ausreichen würde. Gänzlich unverständlich ist es aber, wie der Magistrat in seinem Bericht an die Stadtverordneten schreiben kann, daß das Bezirksamt Mitte bis zur Veröffentlichung der ganzen Angelegenheit durch die Presse es unterlassen hat, dem Magistrat oder der Hauptprüfungsstelle Mitteilungen von den Verfehlungen zu machen. Der Magistrat sollte wirklich wissen, daß bereits am 2. November 1925 ein Bericht der Abteilung „Uebervachung“ der Hauptprüfungsstelle an das Bezirksamt Mitte abgegangen ist, in dem bereits über das Ergebnis der Untersuchungen berichtet wurde. In diesem Zusammenhang ist auch die Feststellung wichtig, daß die Zeitungen am

17. Februar d. J. erstmalig über die Steuerunterschlagungen Mitteilungen brachten. Am 25. Januar ist dann gegen Gerhardt bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet worden. Leider hat diese die vorgebrachten Beschuldigungen nicht für ausreichend erachtet, um einen Haftbefehl zu erlassen. Die Staatsanwaltschaft ordnete nun eine Hausdurchsuchung am 5. Februar an, bis zu welchem Tage Gerhardt allerdings schon geflüchtet war.

In der Denkschrift des Bezirksamts wird dann noch besonders hervorgehoben, daß der Abteilungsleiter, der dem Gerhardt vorgelegt war, die vom Magistrat und der Hauptsteuerverwaltung angeordneten Vorschriften und Kontrollen pünktlich ausgeführt hat. Lieber die Persönlichkeit des flüchtigen Stadtinspektors teilt das Bezirksamt mit, daß Gerhardt in sehr jungen Jahren auf Anordnung des Magistrats gegen den Willen des Bezirksamts in die verantwortliche Stelle eines Stadtinspektors befördert werden mußte. Das Bezirksamt hatte schwere Bedenken gegen die Anstellung eines so jugendlichen Beamten nicht nur deswegen, weil sie eine Ausnahme in den damals bestehenden Anstellungsgrundsätzen darstellte. Der vom Bezirksamt erhobene Protest fand beim Magistrat aber keine Berücksichtigung, vielmehr erfolgte die Anstellung Gerhardts durch Urkunde vom 29. Juni 1922 durch den Magistrat selbst.

Mit der Denkschrift des Bezirksamts Mitte sollen alle Beschuldigungen, die besonders in der bürgerlichen Presse Berlins gegen das Bezirksamt und den sozialdemokratischen Bürgermeister, Genossen Schneider, erhoben worden sind, in sich zusammengefaßt und verständlich ist, welches Interesse der Magistrat daran hatte, in seiner Berichterstattung an die Stadtverordneten das Bezirksamt, wenn auch in versteckter Form, anzugreifen. Hat man sich beim Magistrat etwa verpflichtet gefühlt, die Schuld nicht bei dem jungen Stadtinspektor, sondern beim Bezirksamt zu suchen? Das Bezirksamt Mitte hat jedenfalls den flüchtigen altemännlichen Beweis erbracht, daß es sich streng an die Vorschriften und Anordnungen des Magistrats gehalten hat und daß es an den Unterschlagungen des Gerhardt unschuldig ist.

In rechtslebenden Zeitungen ist versucht worden, für die Unterschlagungen der Inspektoren sozialistische Bezirksamtsmitglieder verantwortlich zu machen. Wir haben aber gerade in den letzten Tagen den Skandal beim Reichsverband der Automobilindustrie erlebt. Hinter diesem Verband stehen zahlreiche Anhänger der Rechtsparteien. Wo hat man aber, trotz größter Anstrengung, jemals gesehen, daß für die dortigen Veruntreuungen andere als die eigentlichen Täter verantwortlich gemacht wurden? Die Rechtspresse sollte daher auch bei den Betrugsfällen der Stadtinspektoren die gefestigten Meinungen unterlassen und nicht nach Schuldigen suchen, wo keine zu finden sind.

durchgeführten Schweinefleisch wurde diesen Beamten dann aus den eigenen Beständen Büchsenfleisch verabreicht. Vom Polizeipräsidenten ist sofort eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Verwaltungsbeamten, mit der Untersuchung beauftragt worden, um auch gleichzeitig die Schuldfrage zu klären. Man muß es unermesslich finden, daß es bei den vorhandenen Aufsichtorganen möglich ist, daß sich solche Vorfälle ereignen können. — Hoffentlich wird sich das Polizeipräsidenten eingehend zu diesen Vorgängen äußern.

Fortführung des Lühow-Prozesses.

Neun Kerze am Krankenbett.

Vor Beginn der weiteren Verhandlung im Lühow-Prozess in Nikolassee wurde der Angeklagte v. Lühow durch den Oberstaatsanwalt Prof. Dr. Kautenberg vom Richterfeld Kreiskrankenhause auf seine weitere Verhandlungsfähigkeit untersucht. Er erklärte dem Gericht, daß von Lühow unbedingte als verhandlungsfähig zu bezeichnen sei. Seine Bronchitis habe nichts mit der abgelaufenen Lungenentzündung zu tun. Von Lühow habe kein organisches Herzkleid. Die Verhandlung könne wöchentlich zwei- bis dreimal stattfinden, ohne daß sich ein Schaden für den Angeklagten ergebe.

Diesem Gutachten schlossen sich die Hausärzte des Herrn v. Lühow, die Sanitätsärzte Dr. Schwaiber und Tzenischer an, die vom Gericht ebenfalls als Gutachter geladen worden waren. Prof. Kautenberg erklärte auf eine Frage des Staatsanwaltschaftsrates Bursch, daß der Gesundheitszustand des Angeklagten auch späteren heftigen Aufregungen gewachsen sei, daß er diese Frage kaum beantworten könne, jedenfalls aber nicht mit einem „Nein“. Landgerichtsrat Feuchner teilte daraufhin mit, daß die nächsten Verhandlungen des Schöffengerichts in Richterfeld am eigenhändigen Sitz des Gerichts stattfinden würden. Die drei Verteidiger des Angeklagten, die Rechtsanwälte Wallentin, Reumond und Dr. Frey, erklärten daraufhin übereinstimmend zu Protokoll, daß sie in einer Weiterverhandlung in Richterfeld eine erhebliche Erschwerung, ja sogar eine Behinderung der Verteidigung sähen, da sie sich bei Uebernahme der Verteidigung nur auf eine Verhandlung in Moabit eingestellt hätten. Als dienstverpflichteten Anwälten und Verteidigern könne ihnen nicht zugemutet werden, an einer dauernden Verhandlung in Richterfeld teilzunehmen. Sie widersprachen energisch der geplanten Maßnahme. Das Gericht beschloß daraufhin, die Weiterverhandlung wiederum im Schwurgerichtssaal in Moabit fortzuführen. Dem Angeklagten v. Lühow sollen die zu seiner völligen Genesung die Autofahrtkosten nach Moabit erstattet werden. — Die erste Verhandlung in Moabit, zu der eine Reihe wichtiger Zeugen bereits geladen ist, findet am Sonnabend im Moabit Schwurgerichtssaal statt. Neb. Rat Dr. Störmer, der sich entgegen dem Gutachten der drei Privatärzte, für eine Verhandlungsunfähigkeit von Lühows ausgesprochen hatte, ist besonders zu diesem Termin geladen worden. Es besteht infolgedessen die Möglichkeit, daß es am Sonnabend zwischen den zahlreichen Gutachtern zu einer erneuten Aussprache über den Gesundheitszustand des Freiherren v. Lühow kommt.

Frauenmord bei Oberwalde.

Gestern mittags ist in ihrem Hause in der Oberwalder Straße in Hegermühle die 77 Jahre alte Gastwirtin Wilhelmine Schröder, die allein die Wirtschaft betrieb, ermordet aufgefunden worden. Die Tat wurde allem Anschein nach in der Nacht zum Mittwoch verübt. Frau Schröder hatte nach spät abends Gäste bewirtet. Es wird vermutet, daß einer der Gäste der Mörder gewesen ist. Anwesend sind auch Wertgegenstände geraubt. Kriminalkommissar Verneburg, der stellvertretende Leiter der Berliner Nordkommission, hat sich an den Tatort begeben.

Abreise der mexikanischen Studentenkommision.

Die mexikanische Studentenkommision, die unter der Führung des Vorstehenden des Vereins mexikanischer Handelsmannern Camacho Hernandez seit zehn Tagen in Berlin weilte und hier eine große Anzahl von städtischen und industriellen Einrichtungen besichtigt hat, ist am gestrigen Mittwochnachmittag vom Bahnhof Friedrichstraße nach Köln abgereist. Zum Abschied von den mexikanischen Gästen hatten sich auf dem Bahnhof eine Anzahl von Mitgliedern der mexikanischen Gesandtschaft eingefunden, unter ihnen der Geschäftsträger Fernandez de la Higuera, der Handelsattaché Cortez u. a. m. Vom Auswärtigen Amt war Gesandtschaftsrat Dr. Alexander Bucher erschienen, um die Abschiedsgrüße der Reichsregierung zu überbringen. — Die mexikanische Studentenkommision, von der ein kleiner Teil — etwa acht

Herrn und zwei Damen — noch in Berlin geblieben ist, um hier die Spezialstudien fortzusetzen, wird sich zwei Tage in Köln aufhalten, wo sie durch den dortigen mexikanischen Konsul Santiago Surres empfangen werden wird.

Motorbootbrand auf der Spree. Zu einer nicht alltäglichen Brandstelle wurde gestern nachmittag die Nieberschönefelder Feuerwehrgesellschaft gerufen. Vor dem Haus Haveler Straße 19 war ein auf der Spree liegendes acht Meter langes Motorboot in Brand geraten. In wenigen Minuten stand das Boot in hellen Flammen. Die Bootinsassen konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Die inzwischen alarmierte und rechtzeitig erschienene Feuerwehrgesellschaft konnte trotz anstrengender Tätigkeit das völlige Niererbrennen des Bootes nicht mehr verhindern. Die Entstehungsurache ist auf einen Bergalarbrand zurückzuführen, der den darüber befindlichen Benzinkanal in Brand setzte. — Kurze Zeit später wurde die Köpenicker Feuerwehrgesellschaft und mehrere Böhlgänge der Berliner Wehr auf den Alarm „Mittelfeuer“ gegen 7 Uhr nach der Marienstraße 88 in Köpenick gerufen. Hier war in den Kellerräumen einer Pinostofffabrik Feuer ausgebrochen, das größeren Umfang anzunehmen schien. Nach verhältnismäßig kurzer Zeit gelang es jedoch durch das schnelle und tatkräftige Eingreifen der Wehren das Feuer zu löschen. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Eine Verbrecherbande von 40 Personen wurde von der Berliner Kriminalpolizei Mittwoch nachmittag im Rungelhof, Ecke der Mühl- und Dragonerstraße, festgenommen.

Direkte Züge Berlin-Scharmüchelsee. Die vom Sonntag, dem 18. April ab an Sonn- und Festtagen verkehrenden Züge Berlin-Görlitzer Bahnhof ab 7.25 vorm., Scharmüchelsee an 9.47 vorm. und Zeesow ab 7.45 nachm., Berlin-Görlitzer Bahnhof an 10.22 nachm., verkehren zwischen Berlin-Görlitzer Bahnhof und Königsmusterhausen als Vorortzüge und werden nach Scharmüchelsee und bei der Rückfahrt von Zeesow direkt durchgeführt. Ein Umsteigen in Königsmusterhausen ist nicht erforderlich. Die Züge halten auf allen Vorortstationen und können zwischen Berlin-Görlitzer Bahnhof und Königsmusterhausen mit Vorortfahrarten benutzt werden.



Dr. Schröders Aufbausalz im Blut verleiht Dir Jugend, Kraft und Mut!

12 Stoffe

Drucks Du für Dein Blut, die nur im Aufbausalz enthalten, umms. Du was auch es für so gut, so o. e. b. s. mit Deinem Blut, dem alten

TÄGLICH 2x 1 PRISE 0,30 SCHÖNERS AUFBAU-SALZ GANZES LEBEN JUGEND

Groß-Kur M. 3.—, Klein-Kur M. 1.20

Beachten Sie unser Preisauschreiben

in allen Apotheken und Drogerien zu haben.

Generalvertrieb „Vita“ Vertriebs-Mandatsgeg. m. B. H. Berlin SW 48, Besselstr. 14, L. Stock, Ecke Charlottenstr., Tel. Dönh. 309

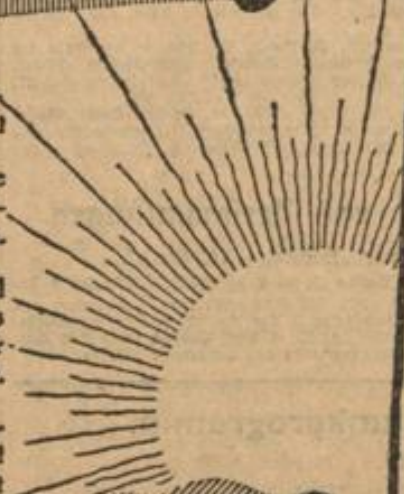
Ein Paradies von Farbe und Schönheit!

So nannte neulich eine begeisterte Kundin unsere Abteilung „Kleider“!

Nicht zuletzt sicherlich auch, weil unsere niedrigen Preise freudigste Überraschung bei ihr hervorgerufen hatten.

Modische Schönheit, Riesenauswahl an erstaunderlichen Preiswürdigkeit! — Allerdings eine Kombination, die gerade in heutiger Zeit den Ausdruck begreiflich erscheinen läßt.

Wenn Sie überlegen, wo Sie Ihr neues Sommerkleid kaufen wollen, denken Sie daran! Auch Ihnen wird's in diesem „Paradies“ gut gefallen, und — wenn Sie kaufen — gut ergen.



Kleider			
Baumwoll-Musseline schöne Muster	250	Moderne Wollschott. aparte Muster	975
Duffig. Voile in den verschiedensten Mustern	450	Ripsware reizende moderne Form	1200
Wäsche modern in Ausführung u. Farben	675	Cape-Kleid die große Mode, aus gutem Poplin	1250
Guter Woll-Musseline in vielen, sehr aparten Dessins	750	Imitierte Bestseide gute, halbare Qualitätsware	1375
Poplinware in herrlichen mod. Farbönen	800	Eleg. Gesellschaftskleid für Tee und Tanz	1900

Königstr. 33
Am Bhl. Alexanderplatz

Chausseest. 113
Beim Stettiner Bahnhof

Oranienstraße
„Die neue Ecke“

Herrlich leicht
fesch, praktisch: sommerl. Voll-Voile-Prinzenkleid: schick-farbige Druckmusterung; weiße Garnitur

Sieg der Eleganz
Cape-Kleid, hochschick mit vornehmer Stickerei: Seide, Ton in Ton, mit Metall. Pr. Rips-Poplin: Faltenrock

Bunte Wäsche
die große Mode für das dultige Sommer-Prinzenkleid. In neuen römischen Streifen; leuchtende Farben

mit 5²⁵

mit 27⁵⁰

mit 9⁷⁵

Obige Angebote stehen ab Donnerstag zur Verfügung! — Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
8 U: Mad. Butterfly
Opernhaus am Königsplatz
7 U: Boris Godunow
Schauspielhaus
8 Uhr: Peer Gynt
Schiller-Theater
8: Kyritz + Pyritz

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Der Barbier von Sevilla
Abonn.-Turnus II

Deutsches Theater
Norden 10334-38
8 Uhr:

Unsere Kinder

Kammerspiele
Norden 10334-38
8 Uhr:

Die Nackten kleiden...

Die Komödie
Bismarck 2414, 2516
8 Uhr

Viktoria

Th. a. Nollendorfer
Tägl. 8 Uhr:
Der alte Dessauer
Operette in 3 Akten
Charl. Vespermann
Falk, Kiper, Godau,
Straaten, Halmisch

SOADA
8 Uhr
Sprung- und Tauch-Sensation
mit Wasserlöwen u. Girls und
10 10
Attraktionen

Rose-Theater
3/4 U: Der Traum von Glück

Lessing-Th.
8 Uhr:
Gastspiel d. Saltenburgs Bühnen
D. fröhliche Weinberg

Kleines Th.
Heute 8 Uhr:
Reiner Tisch
Lespiel von Landale

Trianon-Theater
8 U: Ein nacktes Mädel gefunden
Lustsp. v. Birabeau
Bemal: Brandstifter
Vorzeitl. dies zahlr. o. 50 Proz. o. des Kassenspreises!

Deutsches Kunst-Theater
Heute 8 Uhr
Ein Walzertraum
Th. a. Korfbrunden
8 Uhr:
Mieze u. Maria
Wallner-Theater
5 Uhr
Holportage

Neues Th. am Zoo
Vorletzte Woche!
Altabend, 8 Uhr:
Guido
Thielscher
in
Stöpsel
Kleinfest: Pasteri-2M.
Park-Tanz 3-4 M. Orban-
Festspiel 5 u. 6. Sessel 6 M.
Vorverkauf: ununterbrochen

Residenz-Theat.
8 1/2 Uhr:
Platonische Liebe
Trio-Theater
8 1/2 Uhr:
Kavalier Jack
Th. d. Kommodantenstr.
8 1/2 Uhr:
Kabarett d. Komiker
Robitschek/Morgan
Central-Theater
8 Uhr: **Eva Bonheur**
Ilka Grünig
Herrin of Theater
8 1/2 Uhr: **Messalina**

BAD KUDOWA
fränk. deutsche Arsen-Eisenquelle
natürl. kohlensäure Bäder-Moorbäder

heilt Herz u. Nerven
Arterien-, Blut-, Nieren- u. Frauenkrankheiten

wirkt
bei Erholungsbedürftigen
und Rekonvaleszenten

Wunder

Denkion von 5 Mark täglich an.

Prospekte durch Reisebüros und Badeverwaltung.

Volksbühne
Theater am Döllwplatz
7 1/2 Uhr:
Faust
Morgen 8 Uhr:
Sturmflut

Th. an Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Marlborough
Morgen 8 Uhr:
Marlborough

Komische Oper
Opf. Direktion James Klein Opf.
Die Neue Revue
Berlin ohne Hemd
Revue der Zukunft in 10 Bild.
Preise 1-7,50. Logen und Kubikel 10.
Tageskasse ununterbrochen
ab 10 Uhr geöffnet

Elite-Sänger
Täglich Kottbuser Str. 6
8 Uhr **Der neue Schläger** 3 Uhr
„Wenn Frauen streiken“
und der große Solotell.

WINTER GARTEN
Preisabbau auf allen Plätzen!
Eintritt 0,75
Loge und Terrasse 5,-
Speisekarte verbilligt!
Kein Weinzwang!
Saisonabschluss 30. April 1925
Rauchen gestattet!

Mein Wirtschaftsgeld reicht immer

weil ich **Blauband** wie Butter gebrauche.
Blauband ist der Butter gleichwertig und kostet nur **50 Pfennig 1/2 Pfund**

Feinkost-Margarine

Blauband wie Butter

Fordern Sie die „Blauband-Woche“ zu jedem Pfund.

Barzellen
Donnerstag, d. 22. April nachmittags 3 Uhr

Rennen zu Grunewald
Donnerstag, d. 22. April nachmittags 3 Uhr

Privatunternehmungen und Stromkosten.

Wie die Gessürel die Stadt Berlin angreift.

Die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zu Berlin, abgekürzt Gessürel genannt, ist eine Holding Company, d. h. eine Finanzgesellschaft, die nicht selber Unternehmungen betreibt, sondern nur Beteiligungen, im besonderen Aktienpakete anderer Unternehmungen besitzt und verwaltet. Das Betätigungsfeld der Gessürel sind vorwiegend elektrische Stromlieferungsunternehmungen und Fabrikationsgesellschaften der elektrotechnischen Industrie. Die Gessürel besitzt u. a. rund 16 Millionen Mark, das ist etwas über die Hälfte des Aktienkapitals der Elektrizitätswert Südwest A.-G. in Schöneberg. Der Rest des Aktienkapitals von rund 14 Millionen Mark ist in den Händen der Stadt Berlin. Die Elektrizitätswert Südwest A.-G. versorgt die früher selbständig gewesenen Gemeinden Schöneberg, Wilmersdorf und Schmargendorf mit elektrischer Energie. Die Gessürel steht also mit der Stadt Berlin in sehr naher Geschäftsverbindung.

In dem soeben erschienenen Geschäftsbericht der Gesellschaft für das Jahr 1925 äußert sich der Vorstand auch über verschiedene allgemeine Fragen der deutschen Elektrizitätswirtschaft. Es wird die Zersplitterung im deutschen Elektrizitätswesen beklagt. Dann aber zieht der Bericht folgendes Maßstab über die Stadt Berlin bzw. die Berliner städtischen Elektrizitätswerke her:

„Statt daß straffer wirtschaftlicher Ertragsrechnung gefolgt wird und in der Nähe weiterer natürlicher Brennstofflager einheitliche Großzentralen entstehen, werden unmoderne Anlagen mit kleinen Einheiten erweitert und neue Kraftwerke an verkehrter Stelle errichtet. Ein bezeichnendes Beispiel dieser Art ist die Erbauung des neuen Berliner Kraftwerkes Rummelsburg. Obwohl es richtig gewesen wäre, die in geringer Entfernung von Berlin liegenden Braunkohlelager entweder durch modernste Erweiterung der dortigen Großkraftwerke oder durch Errichtung einer neuen Anlage an der Elbe auszunutzen, haben die hierfür in Frage kommenden behördlichen Aktiengesellschaften diese unseres Erachtens richtige Lösung nicht gefunden. So wurde von Berlin eine Kraftzentrale errichtet, die ihre Steinkohle aus 500 Kilometer Entfernung heranschafft und nicht die letzte Möglichkeit billiger Stromerzeugung in Deutschland darstellt. Sicherheitsgründe, die hierfür angeführt werden, können vor der Fachkritik nicht bestehen.“

Auf diesen Angriff der Gessürel brauchte man nichts mehr zu erwidern, da das Großkraftwerk Rummelsburg längst im Bau ist und im kommenden Winter seiner Vollendung entgegen geht. Die Errichtung dieses Werkes ist im Sommer vorigen Jahres von der Berliner Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen worden, nachdem man sich monatelang vorher mit dieser wichtigen Frage beschäftigt hatte. Man hatte eine Studienkommission nach Amerika entsandt, man hatte die ersten Sachverständigen gehört, man hatte mit der Projektierung des Werkes den verstorbenen Geheimrat Klingenberg beauftragt, der der bedeutendste Kraftwerksbauexperte Deutschlands war. Die Einzelfrage Fernstromversorgung oder Nahkraftwerk wurde schließlich, nachdem man alle Gesichtspunkte für und wider ausgiebig erörtert hatte, zugunsten des Nahkraftwerkes entschieden. Man folgte damit dem Beispiel der modernsten Elektrizitätssysteme einer ganzen Reihe amerikanischer und europäischer Großstädte wie New York, Chicago, St. Louis, Paris, Hamburg usw., die alle

durch ganz moderne, teilweise im Bau begriffene Nahkraftwerke mit Strom versorgt werden. Man kann also über die ziemlich oberflächliche Kritik der Gessürel zur Tagesordnung übergehen, zumal die Direktion dieser Gesellschaft gar nicht die sachliche Autorität besitzt, die sie sich anmaßt. Die Gessürel verwaltet in der Hauptsache Aktienbeteiligungen von mittleren und kleinen Elektrizitätsunternehmungen. Probleme, wie sie für eine Millionenstadt vom Range Berlins in Frage kommen, liegen außerhalb des geschäftlichen Rahmens der Gessürel.

Wenn somit auch die Darlegungen der Gesellschaft sachlich belanglos sind, so entsteht doch die Frage, was überhaupt die Ursache zu einem so heftigen Angriff auf die Stadt Berlin war. Die Ursache ist nicht schwer zu erraten. Die Antwort liegt auf dem Gebiete der Elektrizitätswert Südwest A.-G. Man muß nämlich wissen, daß die Beteiligung an dieser letzteren Gesellschaft der wertvollste Besitz der Gessürel ist. Die Elektrizitätswert Südwest A.-G. verteilt im Jahre 1925 ihrerseits eine Dividende von 9 Proz. Ungefähr ein Drittel der gesamten Dividende der Gessürel stammt aus der Dividende von Südwest. Wie aber kommt der hohe Gewinn von Südwest zustande? Dieser wird teilweise zu Unrecht auf Kosten derjenigen Lichtstromabnehmer eingehemmt, die im Bezirk der früheren Gemeinden Schöneberg, Wilmersdorf und Schmargendorf wohnen. In diesen Bezirken wird von Südwest ein Lichtstrompreis von 35 Pfennig für die Kilowattstunde berechnet. Obgleich es vertraglich einwandfrei festgelegt ist, daß der Lichtstrompreis in diesen drei Gemeinden nicht höher sein darf als der gleichzeitige Berliner Strompreis, so sträubt sich Südwest unter dem Druck der Gessürel doch, den Lichttarif zu ermäßigen. Dieser skandalöse Zustand ist von uns wie auch von bürgerlichen Blättern wiederholt zur Sprache gebracht worden. Es gehört aber zu der merkwürdigen Geschäftsführung des Berliner Magistrats, ebenso wie der Bezirksvertretungen von Schöneberg und Wilmersdorf mit ihren bürgerlichen Mehrheiten, daß es bisher nicht möglich war, den Stromabnehmern der drei genannten Bezirke zu ihrem vertraglich festgelegten Recht auf niedrige Stromtarife gegenüber der Privatgesellschaft zu verhelfen.

Jetzt wird man das Vorgehen der Gessürel verstehen. Der Angriff erfolgte nach dem Rezept: die beste Verteidigung ist der Hieb. Es handelt sich hier für die Gessürel darum, die Südwest-Dividende zu retten, die auf den zu Unrecht erhobenen hohen Lichtstrompreisen beruht. Deshalb sucht man die Stadt Berlin und ihre Elektrizitätswerke, wie überhaupt die Stromversorgung durch die öffentlichen Körperschaften nach Möglichkeit anzuschwächen. Über diese Rechnung ist ohne die Sozialdemokratie gemacht. Auf die bürgerliche Presse und die bürgerlichen Parteien ist in dem Kampf gegen die Privatgesellschaft nicht zu rechnen. Keines der bürgerlichen Blätter, die doch sonst Geschäftsberichte so fein zu analysieren verstehen, weist darauf hin, in wie starkem Maße die Dividende der Gessürel von der Südwest-Dividende abhängt, und daß die letztere zu einem großen Teil auf Strompreisen beruht, die zu Unrecht in Kraft sind. Hier muß die Sozialdemokratische Partei vorgehen. Wir richten an den Berliner Magistrat die Anfrage: „Was gedenkt der Magistrat zu tun, um den Elektrizitätsabnehmern in den Bezirken Schöneberg, Wilmersdorf und Schmargendorf zu ihrem vertraglich festgelegten Recht auf den billigen Berliner Lichtstromtarif zu verhelfen?“

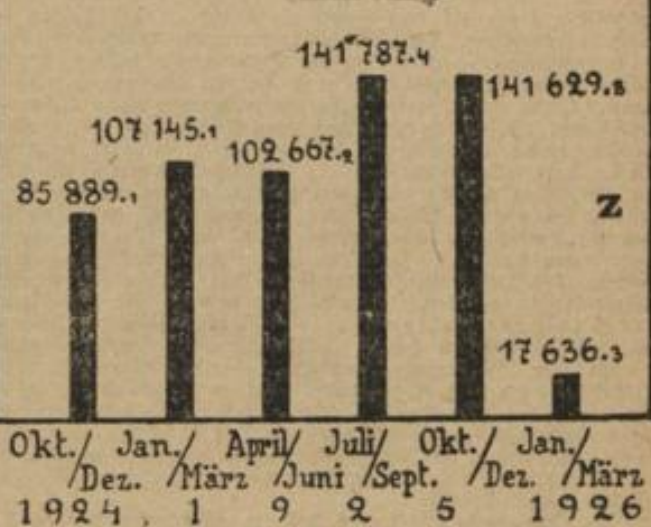
Über die Finanzierung sind keine neuen Entschlüsse gefaßt worden. Wegen einer Gesamtfinanzierung der deutschen Lieferungen wird noch zwischen der russischen Handelsdelegation und der amerikanischen Harriman-Gruppe verhandelt, wobei eine Hinzuziehung deutscher Banken geplant ist. Die Gesamtfinanzierung durch ein deutsches Bankensortium ist bekanntlich an der Höhe der deutschen Zinsforderungen gescheitert. Es ist aber zu erwarten, daß eine Reihe größerer Industriefirmen durch besondere Regelung mit ihren Banken eine Kreditgewährung für ihre Auslandsgeschäfte von Fall zu Fall erlangen, wie es z. B. die Firma Otto Wolff bereits erreicht hat.

Russlands Wareneinkäufe in Deutschland

vom 1. Okt. 1924 - 1 April 1926

In 1000 Mark

Nach Angaben der russischen Handelsvertretung



Die bayerische Regierung hat dem Landtag einen Antrag für Übernahme des staatlichen Bürgschaftskredites auf Warenlieferungen bayerischer Industrieunternehmungen nach Rußland unterbreitet. Es handelt sich um die von der Reichsregierung angeregte und vom Haushaltsausschuß des Reichstags bereits gutgeheißene Bürgschaftsübernahme für das bekannte 300-Millionen-Exportgeschäft nach Rußland. Auf Grund des Anteils der bayerischen Industrie an der gesamten deutschen Industrie entsfällt auf den bayerischen Staat vorwiegend eine Bürgschaftsübernahme von nicht mehr als 7,5 Millionen Mark.

Die Jahresabläufe der Sparkasse und der Girozentrale der Stadt Berlin.

Die Sparkasse der Stadt Berlin hat in ihrem 107. Geschäftsjahr (1925) eine wichtige organisatorische Veränderung getroffen. Die bisherige „Abteilung B, Girozentrale der Stadt Berlin“ ist mit einem Stammkapital in Höhe von 5 Millionen Mark als „Berliner Stadtbank (Girozentrale der Stadt Berlin)“ in ein selbständiges Unternehmen übergeführt worden. Damit ist, später als in vielen anderen Kommunen, die Sparkasse einer allgemeinen Entwicklung gefolgt, die darauf hinausläuft, das den Sparkassen ganz automatisch zunehmende bankmäßige Geschäft in einer besonderen und nicht mehr durch die Sparkassenvorschriften bestimmten eigenen Organisation zusammenzufassen und vom eigentlichen Sparkassenbetrieb scharf zu trennen.

Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage haben die Spareinlagen bei der Berliner Sparkasse im abgelaufenen Jahr von Monat zu Monat ziemlich gleichmäßig zugenommen, und auch im neuen Jahr hat sich diese Bewegung noch kräftig fortgesetzt. Die prozentuale Zunahme ist, abgesehen von den Sommermonaten, größer als im Jahre 1924 gewesen. Der Einlagenbestand wuchs von 16,900 Millionen Mark zu Jahresbeginn auf 66,381 Millionen zum Jahresende 1925 (einschließlich 2,445 Millionen gutgeschriebenem Zinsen) und auf rund 78 Millionen Ende Februar 1926. Die Werbung für vermehrtes Sparen wird als erfolgreich bezeichnet. Nebenbei ist der Zuwachs der Spargelder für Berlin im Verhältnis höher als im übrigen Reich.

Entsprechend der Einlagenvermehrung hat sich das Hypothekengeschäft stark entwickelt. Ende 1924 waren 146,300 M. Ende 1925 bereits 5,314 Millionen Mark an Hypothekengeldern (auf Feingoldbasis) begeben, und inzwischen hat sich die Summe der bewilligten Hypotheken noch um 13,585 Millionen Mark erhöht. Der größte Teil der Einlagen mußte allerdings verhältnismäßig kurzfristig angelegt werden, nämlich 28,312 Millionen an kurzfristiger Rechnung bei Staatsbanken und öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, 28,750 Millionen ebendort in Kündigungsgeldern (gegen rund 10 bzw. 0 Millionen i. L.). — Vorläufige Auswertungsbeiträge wurden seit Oktober 1924 in 85,386 Fällen an besonders bedürftige Sparer mit insgesamt 4,347 Millionen Mark gewährt; im Durchschnitt betrug also ein derartiger Vorschuß 51 M. —

Die Girozentrale hat in den acht Monaten ihres ersten Geschäftsjahres einen Gewinn von 3,1 Millionen Mark (wovon 2,7 Millionen aus Zinseinnahmen) erzielt, aus dem nach Abrechnung der Verwaltungsausgaben und Abschreibungen 718,688 M. als Reingewinn verbleiben. Dieser wird zu Zurückstellungen usw. verwandt; für das Stammkapital wird eine Vergütung von 5 Proz. gewährt (166,667 M.) und ein Spitzenbetrag von 32,643 M. geht an die Stadtkämmerei. Das Geschäft hat sich, wenn man die bisherige Ausdehnung der „Abteilung B“ als Vergleichsmaßstab heranzieht, zufriedenstellend weiter entwickelt. Die Girozentrale legt großen Wert darauf, daß ihre Kredite in erster Linie dem gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand, Genossenschaften und dergl. zuströmen.

Reichsbank und Geldmarkt.

Der Wochenanweis der Reichsbank für die zweite Aprilwoche zeigt wieder das bei Monatsmitte gewohnte Bild: Rückgang der Wechselanlage bei weiterer Einschränkung der Summe der (bei öffentlichen Stellen) redestimulierten Wechsel und Rückgang des Notenumlaufs. Bemerkenswert ist diesmal nur, daß sich der Bestand an Effekten erheblich verringert hat, nämlich um 156,5 Mill. Mark, was sich aus der am 15. April vorgenommenen Einlösung der fälligen Dollarschannweisungen erklärt. Entsprechend zeigt sich eine Verminderung des Devisenbestandes um 203,0 Mill. Mark, weil bei der Einlösung der „Dollarschätze“ eine Auszahlung in ausländischen Zahlungsmitteln vorgenommen wurde. Der darüber hinausgehende Devisenabfluß (rund 47 Mill. Mark) erklärt sich durch, daß — in erster Linie wohl zur Rückzahlung kurzfristiger Auslandschulden seitens der Unternehmungen — größere Devisenforderungen aus der Wirtschaft vorlagen. Trotz dieses Bedarfs machte sich keine Berringerung der kurzfristig bei der Reichsbank angelegten Gelder fühlbar; diese wuchsen vielmehr um 236,4 Mill. Mark auf 1007,1 Mill. Mark weiter an. — Der gesamte Rückfluß von Zahlungsmitteln (Reichsmark- und Rentenmarkscheinen) betrug 346,6 Mill. Mark.

Bei der geringen und ständig abnehmenden Inanspruchnahme der Reichsbank durch die Wirtschaft hält die Flüssigkeit am Geldmarkt weiter an und tritt von Tag zu Tag schärfer in Erscheinung. Entsprechend dieser Entwicklung ist, nach anfänglichem Widerspruch von Großbankseite, der Privatdiskont in den letzten Tagen zweimal um je ¼ Proz. auf 4 ½ Proz. herabgesetzt worden. Seit dem 23. Februar war die Börsennotiz für die als „Privatdiskont“ bezeichneten erstklassigen Großbankwechsel auf den Stand von 5 Proz. (gegen noch 6 Proz. zu Ende Januar) stehen geblieben. An sich hätte die Höhe dieser Notierung wenig Bedeutung, da der Umsatz in Privatdiskonten, abgesehen von den letzten Tagen vor Monatsultimo, gering zu sein pflegt, und da abendrein längst bekannt ist, daß das Geschäft sich summt bei niedrigeren, als den notierten Sätzen vollzieht. Wenn die offizielle Ermäßigung der Notierung größeres Interesse an der Börse beansprucht, so geschieht es deshalb, weil man — nach den Gepflogenheiten der Vorkriegszeit — im sinkenden Zinsertrag der Privatdiskonten die Ankündigung für eine weitere Ermäßigung des Reichsbankzinses sieht. Freilich liegen die Verhältnisse heute ganz anders als im Frieden, wo große Umsätze in Privatdiskonten

bei freier „Preisbildung“ (Bildung der Zinshöhe durch Angebot und Nachfrage) die Regel waren. Heute, wo die Börsennotierung über die Zinshöhe ziemlich willkürlich festgelegt wird, könnte man in der Ermäßigung höchstens ein Anzeichen dafür sehen, daß die Reichsbank die weitere Ermäßigung der Zinssätze am freien Geldmarkt damit gewissermaßen offiziell anerkennt und ihre Bereitschaft bekräftigt, durch eine Herabsetzung ihrer Diskontsätze der Tendenz zu folgen. Hierzu ist sie ja in der augenblicklichen Situation beinahe gezwungen, um sich Anlagemöglichkeiten für ihre flüssigen Mittel zu beschaffen, denn augenblicklich sind die Privatbanken, die niedrigere Zinssätze als den Reichsbankdiskont berechnen, in der Lage, die relativ geringen Beträge der aus der Wirtschaft zum Diskont gegebenen Wechsel an sich zu ziehen, so daß für die Reichsbank, wie ja auch der letzte Ausweis zeigt, nur wenig oder nichts mehr übrig bleibt.

Reich und Rußlandgeschäft. Richtlinien für die Ausfallbürgschaft.

Das Reichswirtschaftsministerium gibt soeben die Richtlinien heraus, nach denen bei industriellen Lieferungen an Sowjetrußland das Reich und die Länder eine Ausfallbürgschaft übernehmen. Die Ausfallbürgschaft bleibt auf den Betrag von 180 Millionen Mark beschränkt, von dem das Reich 105 Millionen und die Länder 75 Millionen übernehmen. Mit Hilfe der Bürgschaft sollen bekanntlich Lieferungen bis zu 300 Millionen vorgenommen werden, es verbleibt also eine Haftung der privaten Lieferfirmen in Höhe von 120 Millionen Mark, das ist 40 Proz. bei jedem Einzelgeschäft. Hier ist die Bestimmung eingefügt, daß bei einer teilweisen Nichtbezahlung seitens der russischen Besteller die privaten Lieferanten zunächst einmal 20 Proz. des gesamten Rechnungsbetrages selbst zu übernehmen haben, ehe die Haftung des Reiches und der Länder wirksam wird. Die Bürgschaft bezieht sich auf Lieferungen von industriellen Produktionsmitteln und zwar je zur Hälfte für „schwere Installationen“, wofür bis Ende 1930 Frist gewährt wird, und für leichte Installationen, die bis Ende 1928 geliefert sein müssen. Die Aufträge, für welche die Bürgschaft übernommen werden soll, sind dabei in erster Linie solche, die eine große Arbeitsmenge erfordern, also zur Behebung der Arbeitslosigkeit in erster Linie geeignet sind, und weiterhin solche, bei denen Nachbestellungen (Ersatzmaterial, Reparaturen) zu erwarten sind.



WÄSCHEREIEN

waschen hygienisch



Wäschereiverband
Berlin

Wohnungsnot und Hauszinssteuer.

Erst ablehnen, dann schimpfen — die deutschnationale Taktik im Landtag.

Der Landtag nahm gestern zunächst die Erweiterung des Gesetzes zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten (Ausdehnung der Anzeigepflicht auf epidemische Gehirnentzündung und Typhus) in zweiter und dritter Lesung und in der Schlussabstimmung mit großer Mehrheit an.

Die zweite Beratung des Haushalts des Wohlfahrtsministeriums wurde mit der Besprechung des Abschnitts „Wohnungs- und Siedlungswejen“ fortgesetzt.

Abg. Sonnenstein (Dnat.) fordert eine Neuregelung der Hauszinssteuer, die vor allem die kleinen Eigenheime freilasse und eine Entlastung der gewerblichen Räume herbeiführe. Weiter sei eine Entlastung der Wohlfahrtsanstalten und eine Befreiung des Hausbesizers von der Haftung für nicht erhaltene Mietströme zu verlangen. Der Schutz gegen böswillige Mieter müsse verstärkt werden.

Abg. Hoff (Dem.) bezeichnet es als einpörend, daß die Deutschnationalen, die die Hauszinssteuer und auch die Zwischenslösung abgelehnt hätten, jetzt die schlimmsten Vorwürfe erheben, daß nichts zur Beseitigung der Wohnungsnot geschehe. Mit der Hauszinssteuer allein sei es nicht getan, zur Durchführung des großen Bauprogramms müßten weitere Zwischenkredite zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Allan (Komm.) bekämpft alle Bestrebungen nach Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft.

Abg. Dr. Spidernagel (D. Bp.) fordert, daß Neubauten völlig von der Steuer befreit würden. Eine wirkliche Belebung des Realcredits sei nur durch Aufhebung der Zwangswirtschaft zu erreichen.

Abg. Haefe-Wiesbaden (Soz.)

polemisiert gegen die deutschnationale Kritik an der Lösung des Wohnungsproblems. Diese Kritik sei rein negativ. Wenn — wie durch die Hauszinssteuer — Mittel für den Wohnungsbau beschafft werden könnten, wären Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei nicht zu Hause. (Sehr richtig! links.) Die Privatinitiative allein könnte die unheilvollen Verhältnisse des Wohnungswejen auch nicht bessern. In England bestehe heute auch noch die Wohnungszwangswirtschaft. Dort würden den privaten Bauunternehmern Staatsmittel zur Verfügung gestellt. Trotzdem fehlten in England heute noch 300 000 bis 800 000 Wohnungen. Notwendig sei, daß man den Begriff „Saison“ im Baugewerbe lassen lasse. Die Bauarbeiter müßten von Anfang bis Ende des Jahres zur Arbeit herangezogen werden. Die Arbeitsintensität der Bauarbeiter wird aber nicht durch Lohnsenkungen gehoben. Notwendig ist dagegen eine Senkung der Baumaterialienpreise. An den Abbau der Zwangswirtschaft sei nicht zu denken, selbst wenn die Deutschnationalen morgen die Regierung übernahmen. Im Gegenteil, Herr v. Schlieben habe ja selbst den Ländern den Weg gezeigt, der jetzt allein begangen werden kann. Jede Verschlechterung des Mieterschutzes müsse abgelehnt werden! Das Wohlfahrtsministerium müsse dafür sorgen, daß nun endlich das System der Verschleppung aufhöre und mit Hochdruck gebaut wird, wodurch auch die Erwerbslosigkeit gemildert wird.

Abg. Bergmann (S.) betont, daß am allerschwerigsten die Be-

schaffung der ersten und zweiten Hypothek sei. Daher habe das Zentrum einen Antrag eingebracht,

wonach die öffentlichen Sparkassen und ähnliche Geldinstitute möglichst 40 Proz. ihres Einlagebestandes für den Wohnungsbau verwenden sollen.

Die Parteien und Abgeordneten, die das Hauszinssteuergesetz zu Fall gebracht hätten, hätten damit die Wohnungskautarität schwer geschädigt und seien für alle Folgen verantwortlich zu machen. Wo bleibe das politische Verantwortungsgesühl derjenigen Parteien, die Anspruch darauf erheben, im Volk ernst genommen zu werden? Das Zentrum betrachte es als Pflicht des Reiches, außer dem Zwischenkredit weitere ausreichende Mittel für den Wohnungsbau zu beschaffen. Durch eine Förderung der Neubautätigkeit werde Arbeitsgelegenheit geschaffen. Die deutsche Wirtschaft sei zurzeit völlig außerstande, die Belastung einer vollen Freigabe der Wohnungsmieten zu tragen. Eine Steigerung der Mieten könne nur in einem solchen Tempo erfolgen, daß die breiten Massen die Mehrausgabe tragen könnten.

Abg. Labendorf (Wirtsch. Bp.) wendet sich, wie gewöhnlich, gegen die Wohnungszwangswirtschaft.

Nach Ausführungen des Abg. Meinde (Dem.) erklärt

Wohlfahrtsminister Hirtspfer:

Das Städtebaugesetz wird möglichst noch in diesem Sommer dem Staatsrat und Landtag vorgelegt werden. Mit unseren Leistungen auf dem Gebiet des Wohnungsneubaus können wir uns auch den Ländern gegenüber sehen lassen, die den Krieg gewonnen haben. Auch vor dem Kriege ist die Aufgabe nicht gelöst worden, die Menschenmassen in den Industriegebieten und in den Großstädten gesund und zweckmäßig unterzubringen. Wir leben es aber als unsere Aufgabe an, die Menschenmassen aus den Mietskasernen herauszubringen und ein gesundes Geschlecht zu schaffen. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft würde nur eine Steigerung der Mieten zur Folge haben. Wenn Sie (nach rechts) sich bereit erklären, die Steigerung der Mieten durch Erhöhung der Löhne und Gehälter auszugleichen, dann läßt sich über die Aufhebung reden. Die Regierung hat auf dauernde Herabsetzung des Beamtenpersonals in den Wohnungsämtern hingewirkt. Die Behauptung, daß der preussische Finanzminister die Auflösung des Wohlfahrtsministeriums befürwortet hat, trifft nicht zu.

Nachdem noch einige Wortmeldungen erledigt waren, schließt die Besprechung. Die Abstimmungen zum Etat werden noch ausgeführt. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr (Etat der Geflüts- und Domänenverwaltung).

Schluß 5¼ Uhr.

Wie von demokratischer Seite mitgeteilt wird, hat sich das Preussische Finanzministerium bereit erklärt, in das nach Ablehnung des Gebäudeentwöhnungsgesetzes nunmehr gültige Hauszinssteuer-Zwischengesetz Richtlinien hineinzubringen, wonach bei notwendigen größeren Ausbesserungen von Althäusern Gelder aus dem Ertrage der Hauszinssteuer gegeben werden können.

Aus der Partei.

Die Partei auf dem Vormarsch.

Auf einer Bezirkskonferenz für Mittelschlesien, die am Sonntag in Breslau tagte, konnte berichtet werden, daß in fast allen Kreisen des Bezirkes sich erfreuliche Fortschritte in der Mitgliederbewegung zeigen. Besonders bemerkenswert sei, daß alle Befürchtungen, die wegen der letzten Beitragssteigerungen gehegt wurden, nicht eingetroffen sind. In den Kreisen, in denen die Beitragssteigerung am heftigsten bekämpft wurde, sind sogar die meisten Neuaufnahmen gemacht worden! Durch eine planmäßige Agitation in dem rein ländlichen Kreise Ohlau konnten zehn neue Ortsgruppen gegründet und 200 Genossen und Genossinnen in die Partei neu aufgenommen werden. Diese Erfolge sind um so höher zu bewerten, als die in dem Bezirk herrschende Wirtschaftskrise sehr niederdrückend wirkt. Die durch das Volksbegehren mobil gemachten Arbeitermassen nützen nunmehr auch für die Partei gewonnen werden; eine vom 1. bis 9. Mai zu veranstaltende Werbeweche soll diesem Ziel besonders dienen. Nach einem politischen Referat des Genossen Löbe erwiderte dieser im Schlusswort einem Diskussionsredner: Wir müßten uns die Anschauungen der englischen Genossen mehr und mehr zu eigen machen, daß wir auch im kapitalistischen

Staate eine Anzahl Aufgaben zu lösen haben. Wenn Deutschland durch den Eintritt in den Völkerbund wieder Kolonien erhalten würde, so könne heute noch nicht gesagt werden, ob wir uns dafür oder dagegen aussprechen sollten. Wenn wir Erfolge erringen wollen, müssen wir den Arbeitern konkrete Ziele stellen; das habe das Volksbegehren bewiesen.

Auch auf der Kreisgeneralversammlung für Halle und den Saalekreis konnte über eine gute Entwicklung der Parteiorganisationen und eine erhebliche Zunahme der Abonnenten des Parteiblattes berichtet werden; drei Ortsgruppen sind neu gegründet worden. — In der Diskussion nach einem Referat des Bezirkssekretärs Dreßler über die Werbeaktion für Parteiorganisation und Presse wurde unter anderem betont, daß sich im Bezirk ein vollkommener Zusammenbruch der kommunistischen Organisationsreste und eine stete Abwanderung der vernünftigen Elemente von der Parteipartei bemerkbar mache. Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung, die von der Reichstagsfraktion die Ablehnung des Kompromißantrages über die Entschädigung der Fürsten fordert.

Einer Kreisversammlung für Weimar-Appolda und den Landkreis Weimar konnte ebenfalls die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß die Mitgliederzahl trotz der wirtschaftlichen Krise — in vielen Ortsgruppen ist mehr als die Hälfte der Parteigenossen erwerbslos — gestiegen ist und Ortsvereine neu gegründet werden konnten; im

Landkreis Appolda sind die Zugänge besonders stark. Die Konferenz sprach sich für eine weitere intensive Werbearbeit der Partei aus.

Philipp Landrieu gestorben.

Dieser Tage starb in Paris der frühere Verlagsdirektor des „Humanité“ zu Jaurès Zeiten Philipp Landrieu. Von Beruf ein ganz hervorragender Chemiker, zunächst mehrere Jahre leitender erster Assistent des großen Gelehrten Marcelin Berthelot wurde er dann selbst Professor der Chemie am College de France. Aber sein Herz gehörte der sozialistischen Bewegung, und als Jaurès, mit dem er eng befreundet war, die „Humanité“ gründete, wurde er deren Geschäftsführer. Er sah neben Jaurès bei dessen Ermordung, aus Liebe zur „Humanité“ blieb er im Jahre 1921 zunächst bei den Kommunisten, als das Parteiblatt in deren Hände überging, doch hatte er die bolschewistischen Wirtschaft bald satt und trennte sich vom Sowjetstern. Der große Gelehrte, der er war, mußte, nachdem er für seine Ueberzeugung alles geopfert hatte, schließlich seine letzten Lebensjahre als Korrektor in einer Pariser Druckerei fristen!

Bezirkspartei für Zwickau. Der Bezirksvorstand beruft zum nächsten Sonntag nach Zwickau einen Bezirksparteitag ein, der außer mit der Entgegennahme des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts sich auch mit der Landtagswahl und der Aufstellung der Kandidaten beschäftigen wird.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Einfachungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, L. Hofstr. 2, 2. Ges. 2. Etz., rechtlich zu richten.

Bezirksvorstand.

Sonnabend, den 24. April, abends 6 Uhr, Sitzung im Konferenzzimmer der „Vorwärts“-Redaktion, Lindenstr. 3.

4. Kreis Breslauer Vera. Freitag, 23. April, 7 Uhr, Kreismitgliederversammlung im Hotel „Europa“, Poststraße 13. Tagesordnung: Die wöchentliche Schul- und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse. Referent: Dr. Kurt Löwenstein. Anschließendes Frühlingsfest der Kreismitgliederversammlung. Sponsoringende können durch Verteilung von Eintrittskarten.

6. Kreis Kreuzberg. Freitag, 23. April, 7½ Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Müller, Döberitzstr. 16.

7. Kreis Charlottenburg. Freitag, 23. April, 8 Uhr, bei Bock, Döberitzstr. 16, im Wilhelmshof. Rechnungsabrechnung. Sämtliche Mitglieder der Kommissionen müssen vertreten sein.

14. Kreis Westend. Freitag, 23. April, 7½ Uhr, Besprechung des erweiterten Kreisvorstandes mit den Kreismitgliedern im „Borchmann“, Redstr. 2. — Bildungsausschuss: Freitag, 23. April, 7 Uhr, Sitzung im „Borchmann“, Redstr. 2.

15. Kreis Tempelhof. Freitag, 23. April, mittags 12½ Uhr, Besprechung aller erweiterten Kreisvorstände und -Genossen bei Jander, Ober-Schöneberg, Wilhelmshofstr. 14. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

17. Kreis Köpenick. Freitag, 23. April, 7½ Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Müller, Döberitzstr. 16. Wichtige Sitzung. Tagesordnung: Habel.

18. Kreis Prenzlauer Berg. Freitag, 23. April, 8 Uhr, bei Rener, Döberitzstr. 16, im „Borchmann“. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

Heute, Donnerstag, 22. April:

6. Wkt. Tempelhof. Die Bezirksführer holen nun bei Genossin Haedert die „Arbeiterfragen“ zum Besprechen ab.

Kreisrat-Referat. 8 Uhr, Abholen bei Jander. Einhalten aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht.

Morgen, Freitag, 23. April:

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

12. Wkt. Köpenick. 8 Uhr im Hotel „Europa“, Besprechung aller Genossen und Genossinnen. Tagesordnung: „Arbeiterfragen“, Referent: Grotzer, Habel. Durch Parteigenossen einzuführende Gäste haben Zutritt.

Erbsen- u. Linsen-Woche

bis Mittwoch, den 28. April

Wer 1 Pfd. kauft, erhält 1½ Pfd.

Wer 2 Pfd. kauft, erhält 3 Pfd.

Wer 5 Pfd. kauft, erhält 7½ Pfd.

Vikt.-Erbsen Pfd. 30, 26, geschälte 42 Pfg.
Linsen Pfd. 48, 40 Pfg.

Reichelt

die Firma der guten Qualitäten bei billigen Preisen

147 Geschäfte.

Erfolg haben Inserate im Vorwärts

SOEBENERSCHIENEN

FRANZ MEHRING

Die Lessing-Legende

Zur Geschichte und Kritik des preussischen Despotismus und der klassischen Literatur

DER ANTI-FRIDERICUS

Ganzleinen gebunden 6,50 M.

Zu beziehen durch

J. H. W. DIETZ NACHF. G.m.b.H.

Lindenstr. 2,

sowie durch d. Vorwärtsausgabebestellen u. Botenfrauen

Rohrmöbel

Peddigrohrstuhl
wie Abbildung, mit 825
Wahlstrand . . . M. 825
Peddigrohrstuhl
Rohr- u. Seitenlehne
nicht geflochten, M. 1425
Bandorohrstuhl
naturlackiert
wetterfest . . . M. 1475
Peddigrohrstuhl
rund, 60 cm . . . M. 1400
Liegestühle, Teewagen
in großer Auswahl

P. Raddatz & Co.
Leipziger Str. 122-23

Johoffers

Kaffee
Von erlesener Güte
Tee

An den Grenzen des Kosmos.

Von Ludwig Herrmann, Hartberg.

Zwischen uns, die wir auf der Erdoberfläche hausen, und dem eigentlichen Kosmos, dem leeren Weltraum, wo die ewige Nacht gähnt, dehnt sich die Fülle der irdischen Atmosphäre. Rund tausend Kilometer dick, nimmt sie nach außen zu rasch an Dichte und an Wärmegehalt ab. Sie gleicht einem riesigen Kissen, das uns vor der prallen Wucht der Weltraumstrahlen schützt. Diese durchziehen gleich wahren Todesstrahlen den leeren Raum zwischen den Planeten und zwischen den Fixsternen. Schon in der Höhe unserer Gletscher wird ihr Dasein bemerkbar. Namentlich scheint ein gewaltiger Strom dieser unsichtbaren Strahlung aus dem Gebiet der Milchstraße zu fließen. Aber auch die Natur der Sonnenstrahlen ändert sich, wenn man in der irdischen Luft in die Höhe steigt: der Gehalt an ultraviolettem Licht nimmt rasch zu und allein schon wegen dieser Strahlen wäre ein Leben in der Höhe von 10 Kilometern unmöglich.

Dort, wo die Luft aufhört und der Weltraum anfängt, muß sich eine Grenze finden. Der Engländer Heavyside hat den kühnen Gedanken gehabt, sich rings um die Erde an den äußersten Grenzen der Luft eine gläserne und kristallharte Schale, aus gefrorenem Stickstoff bestehend, zu denken. Der Flieger, der den Höhenrekord eringen will, braucht freilich „bloß“ 13 Kilometer hoch zu steigen. In dieser Höhe liegt gegenwärtig die Grenze der technischen Möglichkeit. Das klingt ziemlich harmlos — dreizehn Kilometer! Kleinigkeit das, wo heute jeder Großstadtbewohner wöchentlich etwa hundert Kilometer zurücklegt, um nur seine Geschäftswege zu erledigen! Aber lotrechte Kilometer sind fürwahr etwas ganz anderes als waagrechte, die auf der Erdoberfläche liegen! Schon bei 4 Kilometer (Nungtrouhöhe) wird die Luft ungemütlich dünn, die Temperatur bleibt ständig unter Null. Weiter hinauf muß der Mensch zur künstlichen Sauerstoffzufuhr greifen und auch der Flugzeugmotor muß künstlich auf Normaldruck gebrachte Luft zugeführt bekommen, da er so wenig wie der Mensch dafür gebaut ist, bei so geringem Luftdruck zu arbeiten. Bei zehn Kilometern steht der Druck der Luft auf dem sechsten Teil des Normaldrucks. In dieser Höhe ist die Temperatur ständig unter minus 80 Grad Celsius und weder Tageszeit noch Jahreszeit übt hierauf einen Einfluß aus.

Während des Steigens scheint der Horizont stets gleichzeitig emporzugehen. Bei zehn Kilometer sieht der Flieger ein Gebiet von 350 Kilometer Durchmesser und einen Flächeninhalt von über 100.000 Quadratkilometer Größe, mehr als die doppelte Schweiz. Bei einer Höhe von 16 Kilometer kann das ganze Deutsche Reich mit einem Blick erfaßt werden. Aber erst bei 6370 Kilometer würde die ganze Erde als einheitlicher Weltkörper erscheinen. Man wäre dann weit außerhalb der Erdoberfläche. Von acht Kilometern an wird ein träger Blind bemerkbar, der sich allmählich zum dauernden Orkan verstärkt. Er weht aus Osten her und man erfährt ihn durch die Erddrehung. Die äußeren Schichten der Luft sind durch die bremsende Wirkung von Erde und Wind in ihrer Drehung hinter derjenigen der Erde zurückgeblieben. Die Erde dreht sich rascher von West nach Ost als die Luft über ihr. Diese scheint daher von Ost nach West zu stürmen. Das weiß man schon seit vielen Jahren aus den zahlreichen Luftfliegen der kleinen unbemannten Registrierballons. Untere Höhenflieger haben nun den Orkan erlebt, den sonst nur noch die Raum-Taucher zu spüren bekommen. Man schätzt seine Geschwindigkeit auf 300 Kilometerstunden und sie würde genügen, einen Flieger, der sich diesem Strom überläßt, in unfernen geographischen Breiten in dreieinhalb Tagen eine Reise um die Erde machen zu lassen.

John A. Macready liegt am 28. September 1921 auf mehr als 11 Kilometer in die Höhe. Der Aufstieg in derartige Entfernungen ist äußerst mühsam und langwierig. Ähnlich wie der Hochgebirgswanderer muß auch der Flieger sich an die merkwürdige Einsamkeit der Höhen gewöhnen. Von oben gesehen wird alles Einzelne und Kleinliche zu einem Nichts. Wiesen und Felder verlieren sich in eine allgemeine Erdbärung und nur die hellen Landstraßen leuchten als dünne Fäden hinauf. Der Flieger, der gegen die Grenze des Kosmos zustrebt, erlebt eine unirdische Einseitigkeit. Selbst das Donnern des Motors klingt trübsalig in die Dred und findet nicht den leisesten Widerhall. Die dünne Luft hat kaum noch Tragfähigkeit und das geringste Nachlassen des Motors läßt den Flieger binnen wenigen Sekunden um Hunderte von Metern flürzen.

Trotz künstlicher Atmung sehen Störungen im Blutkreislauf ein. Sinnestäuschungen sind an der Tagesordnung, das Ablesen von Instrumenten ist unzuverlässig und muß, wenn irgend möglich, automatisch gemacht werden. Das Bewußtsein geht sekundenlang völlig aus. Ein treibender Schneesturm erschreckt den Flieger, der

Käsemaden.

Er hat uns in schlechten Geruch gebracht,
Der üppige Käsefaden.
Nach außen war er solide Pracht,
Doch innen war er schon längst verkracht;
Es wimmelt nur so von Maden.
Die Reichsbahnmade aus Frankfurt a. O.,
Die Volksofermade aus Dresden,
Die Aktienmade vom Knollbüro,
Die Weber- und Sperlingsmaden en gros
Sind unter allen die größten. —
Der kapitalistische Käse zerfällt!
Ein schauriges Menetekel!
Man schaffe diesen Dreck aus der Welt!
Er stinkt nach Verwesung, er stinkt nach Geld.
Was übrig bleibt, ist der Ekel!



plötzlich im dämmernden Tageslicht seinen Schatten auf die grotesk getrocknete Wolke geworfen sieht. In jenen Höhen nähert sich der Flieger schon ein wenig dem dunklen Weltraum. Nur die sichtbaren Körper ergeben Helligkeit; je weiter die Erde anschwimmt, desto weniger hell wird es. Rastlos der Flieger, daß er nur noch wie auf einem Ozean treibt, dem Ostorkan preisgegeben, daß der Motor nichts mehr hergibt und der Höhenmesser schon längst nicht mehr Steigen zeigt, kühlt er seine Willenskraften erlahmen, so weiß er, daß es Zeit ist umzukehren. Langsam müht er seinen Apparat fallen lassen, daß nicht der rasch zunehmende Luftdruck ihm Lungen und Haut zerreiht. Wer an die Grenzen des Kosmos will, muß sich trainieren wie ein Nordpolfahrer; er muß in jahrelanger Übung seinen Körper stählen, damit dieser dann in den wenigen Stunden des Rekordfluges sein Bestes hergeben kann. Während eine Polar-Expedition einige Monate, oft einige Jahre dauert, spielt sich der Höhenflug gleich einem Drama in wenigen Stunden ab.

Neues vom Gehörinn. Jeder wahre Einblick in die Funktionen unserer Sinnesorgane vermehrt unsere Ehrfurcht. Früher meinte man, die Erkennung der Schallrichtung durch das Gehörorgan beruhe auf der Mitwirkung der Ohrmuscheln, auf Unterschieden der Intensität der Schallerregung im linken und rechten Ohr je nach der Schallrichtung oder anderen naheliegenden Hilfsmitteln. Erst die Formulierung der letzten Jahre hat das Zustandekommen der Richtungsbestimmung aufgeklärt und dabei eine ganz erstaunliche Eigentümlichkeit

des Gehörsinns entdeckt: seine äußerst feine Empfindlichkeit gegen kleinste Unterschiede in der Zeit der Erregung der beiden Ohren. Wenn ein Schall genau von vorn kommt, so erreichen die Schallwellen die beiden Ohren gleichzeitig. Rückt aber der Schall auch nur ein wenig nach der Seite, so ist der Weg zu dem einen Ohr kürzer als zu dem anderen, und auf Grund dieses Vorsprungs laufen die Schallwellen eher an. Auf diese Zeitdifferenz aber spricht das Gehörorgan an und unterscheidet danach die Richtungen und ihre Unterschiede. Es handelt sich dabei um geradezu phantastisch kleine Zeiten. Der größte Begrenzungswinkel, der überhaupt vorkommen kann, wenn nämlich der Schall genau von der Seite kommt, führt bei einer Schallgeschwindigkeit von 340 Meter pro Sekunde immerhin erst zu einem Zeitunterschied von rund 0,0003 Sekunden; und bei den kleinsten überhaupt erkennbaren Richtungsunterschieden spielen die geradezu märchenhaften kleinen Zeiten von 0,00003 Sekunden eine Rolle: das heißt also das Gehörorgan spricht noch auf einen Vorsprung der Schallerregung in dem einen Ohr an, wenn dieser auch nur den dreißigtausendsten Teil von einer Sekunde ausmacht! Die kürzesten Reflexzeiten, die wir sonst beim Menschen kennen, betragen 0,03 Sekunden. Sie sind also noch tausendmal so groß als die kleinsten Zeitunterschiede, denen gegenüber das Gehörorgan empfindlich ist. Bisher hatten weder in der Psychologie noch in der Physiologie solche kleine Zeiten eine Rolle gespielt. Die physiologischen Grundlagen für diese Fähigkeit des Gehörsinns bleiben in dessen noch im Dunkel gehüllt.

Wer weiß etwas?

Von Jaroslav Hluka.

(Schluß)

Der Haß wird aus einem zugefügten Unrecht geboren. Und er ist groß, wenn das Unrecht schmutzig, die, übermäßig ist und sich mit dem Geld bläht, das an armen Teufeln verdient wurde. Der Haß ist die erste schone Pflicht der Erniedrigten und Bedrückten, er ist ein eingeborener Instinkt der Armen und wartet nur auf den Anstoß, um sich auszutoben. Der Haß ist eine Pflicht, weil er der Keim einer kommenden Liebe ist. Und er hat auch seine volle Berechtigung. Und das erste ist das Recht der Rache.

Der alte Sturm gelangte nicht erst durch reife Überlegung zum Worte: Ich werde mich rächen! Es kam in ihm. Es reiste in ihm wie ein Trost, es streichelte und verband die Wunde, die ihm durch diese Erniedrigung zugefügt worden war. Aber dann legte er sich die weitere Frage vor: Wie soll ich mich rächen? Dies war allerdings ein schwerwiegendes Wort, das einer reiferen Überlegung bedurfte. Und er dachte darüber bei seiner Harmonika nach, wodurch er noch mehr den Eindruck eines Blinden machte. Einem Reichen kann man nicht so leicht auf den Rücken. Das war ihm bekannt. Aber er wußte auch, daß er ihm auf den Rücken steigen mußte, um der eigenen Ruhe willen, um sich vor sich selber nicht erniedrigt zu fühlen.

Zwei starke Dinge vereinigten sich in ihm: die erniedrigte Armut und der beleidigte läbliche Stolz, den er von seinen Vorfahren geerbt hatte und der durch den langjährigen täglichen Verkehr mit übermütigen Bauern genährt wurde. Er überlegte bei seiner Harmonika so lange, bis er sich zum Schlüsselmitteln entschloß.

Ich werde den Lumpen erschlagen, weil ich mich an ihm nicht anders rächen kann. Alles andere würde an seinem Gelde scheitern. Aber nur dem Tode wird es ihn nicht retten. Der Mensch darf gegen seine Feinde nicht zartfühlend sein. Der Mensch darf sich nicht bemitleiden lassen.

Und jetzt stand seine Rede klar vor ihm. Wer einmal diese Schwelle überschreitet, der kehrt nicht wieder. Er darf nicht zurück, um nicht vor sich selber als lächerlicher Schwächling dazustehen, um nicht zu den Worten zu berechnen: wer wird sich etwas aus so einem armen Tramp machen! Na, vielleicht ist's nicht so?

Der alte, schwache Sturm, das beleidigte Elend, der zermürbte Körper, der von dem gefühllosen Dorje auf das Pflaster der noch geschloffenen Stadt geworfen worden war, wurde stark durch seinen Einschluß.

Er morden, ermorden will er den feisten Wirt, um sich zu rächen, ihn, der außer seinem Gewerbe noch mit Vieh Wucherhandel treibt, ermorden will er ihn, um sich wenigstens ein wenig an dieser verdammten Weltordnung zu rächen, die für seine ganze Lebensarbeit auf den Feldern, Wiesen, in den Wäldern und Ställen nichts übrig hat als ein Almosen, wofür sie noch ein Lied auf der Harmonika und den Eindruck der Blindheit verlangt.

Morden will er, weil sie in seine früher geleistete Arbeit mit den Rücken stehen, weil sie ihm ein Almosen aus einem anzuzweifeln den Mitleid mit seinem Unglück geben.

Ermorden will er, und er wird im Rechte sein! — —

Und dann handelte der alte Sturm.

Es war ihm bekannt, daß der Wirt jeden Donnerstag aufs Dorf ging, um Vieh zu kaufen, das er dann in der Stadt mit Gewinn verkaufte. Er folgte ihm unauffällig, damit er wisse, welchen Weg er einschlage.

Und am nächsten Donnerstag wartete er, im Dickicht verborgen, bei einem Waldwege.

Der Wirt kam des Weges.

Und die Rache reifte aus in einem gewaltigen Messerstoß in seinen Rücken.

Er mußte nicht einmal.

Der Stoß war sehr gut geführt gewesen. Er hatte ihn sehr human niedergestochen.

Und der alte Sturm, der Mörder Sturm, nahm ihm nicht einmal das Geld ab, das für die Leiche vollkommen überflüssig war. Nur das Messer jag er aus der Wunde heraus. Und bei Nacht warf er es sehr vorsichtig in den Kanal.

Er führte weiter das Leben eines Bettlers. Nur eine Veränderung trat ein, daß er „zum Röhren“ zu gehen begann.

Die Polizei konnte den Mörder nicht eruiieren, und der alte Sturm schwieg.

Nicht einmal seinen Namen nannte er in dem Koffeehaus, in das er täglich zu gehen pflegte.

Er spielte auf der Harmonika, im Winter pflegte er auf der niedrigen Mauer unweit des Grand-hotels zu sitzen. Er ähnelte einer gegen harte Mauern und erleuchtete Fenster geballten Faust.

Im Sommer hörte in der Vorstadt bei der Brücke vielleicht bloß die einzige Verkäuferin von sauren Gurken und von Limonade gern seiner Musik zu. Er simuliert jetzt wirklich Blindheit, um nicht für die elenden Almosen danken zu müssen. Aber er hatte einen Trost in seiner Not: einmal, wenigstens einmal in seinem Leben hatte er sich gerächt!

— — — — —

Dies alles hatte „die lange Nase“ in Erfahrung gebracht und

herauskombiniert. Er war damals bei der Szene mit der Flasche bei dem dicken Wirt anwesend gewesen und verstand das Rache-Instinkt im Auge des Greises. Später las er von dem Morde in den Zeitungen, die behaupteten, daß es sich um einen Racheakt handeln müsse, da kein Geld geraubt wurde. Auch das Leben des alten Sturm am Lande war ihm aus der Erzählung jenes Arbeiterkollegen bekannt, der damals gerufen hatte: „Sturm, wie kommen Sie denn her?“

Selbstverständlich erzählte er dies alles nur der Frau Böhm und vielleicht drei Bekannten. Er wußte, daß diese Leute schweigen würden, weil sie viel Haß in sich herumtrugen.

Nach seiner Erzählung jagte ein Monsieur aus der Maschinenfabrik: „Mebrigens hatte er mit diesem Mord vollkommen recht. Sein Elend gab ihm das Recht hierzu! Und alle Armen haben dieses Recht, sie sollen sich dessen nur bewußt werden!“

Und Frau Böhm, die gerne Sprichworte gebrauchte, setzte hinzu: „Na, wie sich einer bettet, so liegt er.“ Und seit jenem Tage berechnete sie dem alten Sturm den Tee erheblich billiger.

Nach zwei Jahre lang ging der alte Sturm ins Kaffeehaus „zum Röhren“.

Eines Mittwochs aber kam er nicht. Auch die folgenden Tage fehlte er. Und in der Woche darauf, um 5 Uhr früh, als Frau Böhm die Semmeln und Kiesel zählte, überraschte sie ihre Gäste mit den Worten: „Wißt Ihr, was Neues ist? Der alte Sturm ist gestorben!“ Und sie reichte den verwunderten Gästen das „Illustrierte Blatt“, wo sich auf der vorletzten Seite eine elende Photographie des alten Sturm befand, mit der Aufschrift: Wer weiß etwas?

Mittwochs nachts wurde in der Nähe der Zdenitzer Brücke ein total erkrankter Mensch aufgefunden, der am selben Tage im Spital zur heiligen Anna starb, ohne daß es möglich wurde, seine Identität festzustellen. Wenn etwas Rühres über ihn bekannt ist, wird ersucht, dies dem Polizei-Kommissariat mitzuteilen.

„Die lange Nase“ sagte: „Wir kennen ihn wohl, aber was hat es für einen Wert, wenn wir es mitteln, wer es war. Wir Armen kennen ihn. Die, welche ihm gedankenlos ein Almosen hingeworfen und sich nicht weiter um ihn kümmerten, kennen ihn nicht. Wir kennen ihn wohl und schämen uns ihn. Nicht wahr, Frau Böhm?“

Und sie antwortete: „Na, er war ein braver Mensch, die Erde werd' ihm leicht!“

Und nachmittags, am selben Tage, war das Kaffeehaus geschlossen, mit einer Reichweite ein Stück Papier an der Tür befestigt, auf dem zu lesen war:

„Wegen eines Trauerfalles bis morgen vier Uhr früh geschlossen.“

(Ereignisse Überlieferung von J. Reimann.)

